

**Christoph Bühler**

# Die Geschichte der USA

Texte für Schule und Studium

Unkorrigierte Version ohne Fußnoten

Heidelberg 2006

Korrigierte Version

Heidelberg 2011

# Die Geschichte der USA

Kolonialzeit und Kampf um die Unabhängigkeit .....	58
Die Kolonialzeit .....	58
Anfänge der englischen Besiedlung .....	58
Die Puritaner .....	59
Die Kolonien im Zeichen des Absolutismus der Stuart .....	63
Wiederherstellung der Freiheiten nach dem Sturz der Stuart .....	65
Die Struktur der Kolonien .....	66
Das politische System .....	66
Gesellschaftliche Besonderheiten .....	68
Der Kampf um die Unabhängigkeit .....	55
Zeittafel .....	70
Grundlagen .....	70
Die Steuergesetze .....	71
Auseinandersetzungen mit der Krone .....	74
Die "amerikanischen Freiheiten" .....	76
Der Unabhängigkeitskrieg .....	79
Erste Kampfhandlungen .....	79
Die Unabhängigkeitserklärung .....	79
Die Organisation der Konföderation .....	80
Der Verlauf des Krieges .....	81
Neuordnung von Gesellschaft und Staat .....	82
Die Amerikanische Revolution als „Revolution“ .....	85
Die Amerikanische Revolution in der historischen Bewertung .....	87
Die Erschließung des Westens .....	90
Die Bedeutung der Einwanderung .....	92
Die industrielle Entwicklung .....	94
Voraussetzungen .....	94
Faktoren der Industrialisierung .....	94
Die Rolle der Landwirtschaft .....	96
Die Sklaverei .....	97

Der Sezessionskrieg .....	98
Die "Rekonstruktion" .....	100
Die USA als industrielle Weltmacht .....	101
Industrialisierung und Big Business .....	101
Das industrielle Wachstum .....	101
Big Business.....	102
Die Lage der Arbeiter .....	103
Opposition gegen das Big Business.....	104
Der Dollarimperialismus der USA .....	106
Die Phase des Expansionismus .....	106
Der Früh-Imperialismus .....	106
Die USA als imperialistische Macht.....	107
Die USA und der Erste Weltkrieg.....	109
Innenpolitische Voraussetzungen .....	109
Eintritt in den Krieg und Engagement.....	110
Folgen des Engagements .....	111
Vom Boom zur Krise .....	113
Die Blüte der zwanziger Jahre .....	113
Der Ausbruch der Krise .....	114
Der Weg aus der Krise – Roosevelts "New Deal" .....	117
Strukturelle Krise des Systems .....	117
Die Ziele der Wirtschaftspolitik .....	118
Gesetze und Maßnahmen .....	118
Beurteilung des New Deal.....	120

# Kolonialzeit und Kampf um die Unabhängigkeit

## Die Kolonialzeit

### Anfänge der englischen Besiedlung

Das englische und französische Engagement in Nordamerika geht schon auf das späte 15. und das 16. Jahrhundert zurück. Beide Regierungen begründeten mit ihren Unternehmungen einen Anspruch auf die Besiedlung des Gebiets und seine Unterstellung als Kolonie unter die Herrschaft des Mutterlandes, mussten sich aber während des ganzen 16. Jahrhunderts gegen den spanischen Anspruch auf alleinige Herrschaft in "seinem" Teil der Welt durchsetzen. Vor allem von englischer Seite wurde der Kaperkrieg gegen die spanischen Goldtransporte aus Amerika geführt.

Während die Kräfte der Spanier durch den Freiheitskampf der Niederlande in Europa gebunden waren, konnte der britische Seefahrer Sir Walter Raleigh<sup>1</sup> 1584 auf dem nordamerikanischen Kontinent auf Roanoke Island eine Kolonie gründen<sup>2</sup>, die er zu Ehren der unverheirateten Königin Elisabeth I. "Virginia"<sup>3</sup> nannte. Diese Siedlung scheiterte aber, wie auch ihre 1587 versuchte Neugründung. Erst der Sieg über die spanische Armada 1588 brachte England die Herrschaft über den Atlantischen Ozean und den unmittelbaren Zugriff auf Nordamerika.

Am Beginn des 17. Jahrhunderts entstanden sowohl die ersten französischen Stützpunkte in Kanada (Port Royal, heute Annapolis Royal, 1605 und Québec, 1608, beide durch Samuel de Champlain<sup>4</sup> gegründet) als auch die ersten englischen in Virginia (Jamestown, 1607<sup>5</sup>). Letztere stellte allerdings von ihrem Ansatz her mehr eine Abenteurerkolonie dar, hauptsächlich auf Gold und Handelswaren aus, als eine auf Dauer ausgerichtete Siedlung. Sie konnte erst überleben, als neuangekommene

<sup>1</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Sir\\_Walter\\_Raleigh](http://en.wikipedia.org/wiki/Sir_Walter_Raleigh) (engl.), [http://de.wikipedia.org/wiki/Walter\\_Raleigh](http://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Raleigh) (dt.). Die Urkunde Elisabeths I. für Raleigh unter [http://avalon.law.yale.edu/16th\\_century/raleigh.asp](http://avalon.law.yale.edu/16th_century/raleigh.asp)

<sup>2</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Roanoke\\_Colony](http://en.wikipedia.org/wiki/Roanoke_Colony), The Lost Colony Center for Science and Research <http://www.lost-colony.com/>. Unter <http://www.nps.gov/fora/forteachers/roanoke-revisited.htm> findet sich das amerikanische Projekt Roanoke revisited – Heritage Education Program mit acht Themeneinheiten und spezifizierten Links innerhalb des Projekts. Erik Hause: The Lost Colony, <http://www.coastalguide.com/packet/lostcolony-croatan.shtml> berichtet von Nachfahren der verschollenen Siedler, die in der indianischen Bevölkerung aufgegangen zu sein scheinen.

<sup>3</sup> Kurz auf <http://www.apva.org/history/vaco.html>, dann <http://de.wikipedia.org/wiki/Virginia#Geschichte> (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/History\\_of\\_Virginia](http://en.wikipedia.org/wiki/History_of_Virginia) und [http://en.wikipedia.org/wiki/Colony\\_of\\_Virginia](http://en.wikipedia.org/wiki/Colony_of_Virginia) (engl.)

<sup>4</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Samuel\\_de\\_Champlain](http://de.wikipedia.org/wiki/Samuel_de_Champlain) (dt., kurz), [http://fr.wikipedia.org/wiki/Samuel\\_de\\_Champlain](http://fr.wikipedia.org/wiki/Samuel_de_Champlain) (frz., sehr ausführlich), [http://en.wikipedia.org/wiki/Samuel\\_de\\_Champlain](http://en.wikipedia.org/wiki/Samuel_de_Champlain) (engl. ausführlich)

<sup>5</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Jamestown\\_Settlement](http://en.wikipedia.org/wiki/Jamestown_Settlement), dazu <http://www.apva.org/history/>. Das Projekt „Virtual Jamestown“ (<http://www.virtualjamestown.org/>) bringt zahlreiche digitalisierte Materialien, darunter auch Texte aus dem Virginia Colonial Records Project Cambridge der Library of Virginia, Richmond, und Kartenabbildungen.

Siedler zum Ackerbau gezwungen wurden und die notwendige Disziplin durchgesetzt werden konnte, womit die Bedingungen zum Überleben geschaffen waren. Mit dem Überlebenskampf der ersten Siedler war ein deutlich ausgeprägter Pragmatismus, Probleme und Schwierigkeiten tatkräftig anzugehen und zu überwinden und sich auf neue Situationen einzustellen, angelegt. Er wurde zu einem der wesentlichen, weil lebensnotwendigen Charakterzüge der Bewohner.

Die Charter der *Virginia Bay Colony (Virginia Company of Plymouth)*<sup>6</sup> wies ihr das Gebiet zwischen dem 38. und dem 45. Breitengrad zu, wobei sie sich das Gebiet südlich des 41. Breitengrads mit der ebenfalls privilegierten *Virginia Company of London* zu teilen hatte.<sup>7</sup>

## Die Puritaner

1620 landete das erste Schiff mit Auswanderern, die England wegen religiöser Differenzen verlassen hatten, die "Mayflower"<sup>8</sup> der Pilgerväter<sup>9</sup>.

Die Pilgerväter waren Calvinisten<sup>10</sup> und sahen das menschliche Schicksal als vorherbestimmt an (Prädestination<sup>11</sup>); insbesondere glaubten sie, dass sich die Gnade Gottes schon im irdischen Erfolg des Menschen zeigte. Durch die Vorbestimmtheit konnte die Gnade nicht erworben werden, es kam aber darauf an, ihre Existenz zu erweisen. Armut war demgemäß ein Anzeichen für die fehlende Gnade Gottes; in einer Verquickung verschiedener Bereiche wurde die Armut als Folge entweder mangelnden Eifers oder von Verschwendung angesehen.

Beides wirkte auf die Lebensweise der Calvinisten zurück; harte Arbeit und Verzicht auf (verschwenderische) Genüsse konnten bereits im irdischen Leben über den wirtschaftlichen Erfolg die Auserwähltheit durch Gott und damit die Prädestination zeigen: *"Wenn Gott Euch einen Weg zeigt, auf dem ihr ohne Schaden für Eure Seele oder für andere in gesetzmäßiger Weise mehr gewinnen könnt als auf einem anderen Weg und Ihr dies zurückweist und den minder gewinnbringenden Weg verfolgt, dann kreuzt*

<sup>6</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Plymouth\\_Company](http://de.wikipedia.org/wiki/Plymouth_Company) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Plymouth\\_Company](http://en.wikipedia.org/wiki/Plymouth_Company) (engl.). Virginia Company [http://de.wikipedia.org/wiki/Virginia\\_Company](http://de.wikipedia.org/wiki/Virginia_Company) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Virginia\\_Company](http://en.wikipedia.org/wiki/Virginia_Company) (engl.) Die First Charter of Virginia 1607 <http://www.bartleby.com/43/5.html>

<sup>7</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Massachusetts\\_Bay\\_Colony](http://en.wikipedia.org/wiki/Massachusetts_Bay_Colony) und mit Kartenskizze [http://en.wikipedia.org/wiki/Plymouth\\_Company](http://en.wikipedia.org/wiki/Plymouth_Company) (engl.). Der deutsche Artikel gibt hierzu nichts.

<sup>8</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Mayflower> (dt., kurz), <http://en.wikipedia.org/wiki/Mayflower> (engl., ausführlich)

<sup>9</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Pilgerv%C3%A4ter> (dt.), <http://en.wikipedia.org/wiki/Pilgrims> (engl. ausführl.). Zu den Pilgervätern auch Duane E. Cline: The Pilgrims and Plymouth Company 1620. <http://www.rootsweb.ancestry.com/~mosmd/#part1>. Kurze Darstellung der Geschichte mit biografischen Notizen über einzelne Pilgerväter bei Plymouth MA – Ist History and People <http://pilgrims.net/plymouth/history/#pilgrims>

<sup>10</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Calvinismus>

<sup>11</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4destination> (verbesserungswürdig – 2008)

*Ihr einen der Zwecke Eurer Berufung. Ihr weigert Euch, Gottes Verwalter zu sein und seine Gaben anzunehmen, um sie für ihn gebrauchen zu können, wenn er es verlangen sollte. Nicht freilich für Zwecke der Fleischeslust und Sünde, wohl aber für Gott dürft Ihr arbeiten, um reich zu sein." (R. Baxter, 1833<sup>12</sup>)*

Aus diesem, zunächst rein religiösen Grund wuchsen die Calvinisten überall zu einem bedeutenden wirtschaftlichen Faktor heran: In der Schweiz, in Frankreich (Hugenotten), in den Niederlanden und schließlich in England. In England und in Frankreich gerieten sie in Gegensatz zur Staatsautorität, hier, weil sich wirtschaftliche Macht mit politischem Einfluss verband, dort, weil die Calvinisten (seit etwa 1570) die Reformation durch eine Rückbesinnung auf die ihre Prinzipien (Reinheit der Lehre = Puritaner<sup>13</sup>) weitertreiben wollten.

Die Puritaner kamen zunehmend in Gegensatz zur anglikanischen Staatskirche<sup>14</sup>, die von allen "papistischen", d. h. aus der katholischen Zeit stammenden Rückständen befreit werden sollte. Während die Mehrheit der Calvinisten unter anderem auch das Bischofsamt ablehnte – das Amt des Presbyters (Priesters) ist das einzige Amt ihrer Kirche –, gingen die Puritaner noch weiter und stellten die religiös bestimmte Gemeindeverfassung dem Souveränitätsanspruch des Staates entgegen. Die Bezeichnungen für diese Kirchenverfassungen sind Presbyterianismus<sup>15</sup> (im Unterschied zum Episkopalismus<sup>16</sup> der anglikanischen Kirche) und Kongregationalismus<sup>17</sup>.

Der Konflikt mit dieser Staatskirche weitete sich zum Konflikt mit dem königlichen Regierungssystem aus, dessen wesentlicher Bestandteil die anglikanische Kirchenordnung war. Die Mehrheit der Puritaner verbündete sich daher (seit 1604) mit der Parlamentsopposition gegen den König, eine

<sup>12</sup> Zitiert bei Max Weber, Askese und kapitalistischer Geist, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. I, Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, 6. Auflage, Tübingen 1872, S. 166 ff., danach Heinz Abels, Einführung in die Soziologie S. 349 [http://books.google.de/books?id=NJkelg05\\_84C&pg=PA349&lpg=PA349&dq=%22Zwecke+der+Fleisch+eslust+und+S%C3%BCnde%22&source=web&ots=HgDLHAX-ip&sig=J6sPmnOyggPIXEqwtbxqlTHXBHU&hl=de&sa=X&oi=book\\_result&resnum=4&ct=result](http://books.google.de/books?id=NJkelg05_84C&pg=PA349&lpg=PA349&dq=%22Zwecke+der+Fleisch+eslust+und+S%C3%BCnde%22&source=web&ots=HgDLHAX-ip&sig=J6sPmnOyggPIXEqwtbxqlTHXBHU&hl=de&sa=X&oi=book_result&resnum=4&ct=result). Die Zuschreibung im Manuskript zu 1833 konnte nicht verifiziert werden. Zu Richard Baxter (1615 – 1691) siehe [http://en.wikipedia.org/wiki/Richard\\_Baxter](http://en.wikipedia.org/wiki/Richard_Baxter). Das Zitat wird vor allem bei Alfred Weber und Werner Sombart überliefert und scheint in den online-Texten von Baxter selbst nicht zu stehen.

<sup>13</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Puritanismus> (dt.), ausführlich auf <http://www.reformiert-online.net/lexikon/detail.php?id=50>, einer Seite der Johannes a Lasco Bibliothek in Emden. Engl. <http://en.wikipedia.org/wiki/Puritan>, sehr umfangreich auch der engl. Artikel „The Dissenters“ unter <http://www.exlibris.org/nonconform/engdis/puritans.html>

<sup>14</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Kirche\\_von\\_England](http://de.wikipedia.org/wiki/Kirche_von_England) und allgemein <http://de.wikipedia.org/wiki/Anglikanismus>

<sup>15</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Presbyterianismus> (dt.), sehr ausführlich <http://en.wikipedia.org/wiki/Presbyterianism> (engl.)

<sup>16</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Episkopalismus>

<sup>17</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Kongregationalismus>

Minderheit drängte zur Auswanderung. Auch die Übersiedlung in die calvinistischen Niederlande konnte das Problem nicht lösen.

Hinter dem Wunsch nach Auswanderung stand aber ein Gedanke, der die politische Entwicklung der Kolonien im Geist der britischen Traditionen entscheidend prägen sollte: „... they left to establish a safe space in America where Puritans could wait out God's wrath on England. While England was punished, America would thrive, regenerating a holy people to lead England back to God's grace.“ (Sie verließen England, um einen sicheren Platz in Amerika zu finden, wo sie Gottes Zorn über England abwarten konnten. Während England seiner Strafe entgegensah, würde Amerika aufblühen und ein neues heiliges Volk hervorbringen, das England zu Gottes Gnade zurückführen würde.“<sup>18</sup>

Die Auswanderung in die nordamerikanischen Kolonien konnte nur über eine der privilegierten Gesellschaften (*chartered commercial companies*<sup>19</sup>: *London, Plymouth, Dorchester, New England* und *Massachusetts Bay Companies*) erreicht werden. Diese Privilegien bestanden darin, dass sie bestimmte Regierungsbefugnisse in den Kolonien ausüben durften. Kapital und Ausrüstung (hauptsächlich die Schiffe) wurden durch die Aktionäre der Gesellschaften bereitgestellt, Bevollmächtigte (*deputy governors*) gründeten in ihrem Auftrag die Kolonien (*plantations*), aus deren Handel sie später ihren Gewinn zogen. Für die weitere Entwicklung bedeutend ist der Umstand, dass zwar die Gesellschaften durch ihr Privileg einen Teil der Staatsautorität verkörperten, sie aber den Vollbürgern (*freeholders*) der Kolonien alle Rechte einräumen mussten, die diese schon in England selbst hatten. Darunter war als eines der wichtigsten das der Mitbestimmung, wodurch bereits 1619 die erste gesetzgebende Versammlung, die "*Generall Assemblée*" in Jamestown (Virginia House of Burgesses<sup>20</sup>) gegründet wurde.

Im Juli 1620 erhielten daher die von England nach den Niederlanden geflohenen Puritaner, die wegen ihrer Ablehnung der anglikanischen Kirchenordnung "Separatisten" genannt wurden, von der Virginia Company das Angebot, in Virginia zu siedeln. Nach anfänglichen Schwierigkeiten verließ im September die Mayflower<sup>21</sup> mit 115 Personen an Bord den Hafen von Plymouth und segelte in Richtung Neu-England. Dort angekommen führten Differenzen mit den nicht-puritanischen Mitreisenden zum Abschluss des "*Mayflower-Compacts*"<sup>22</sup>, der einerseits allen Siedlern

---

<sup>18</sup> Blogbeitrag „The Puritans leave England for America“ (undatiert) auf The Historic Present <http://thehistoricpresent.wordpress.com/2008/09/17/the-puritans-leave-england-for-america/>

<sup>19</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Chartered\\_Companies](http://en.wikipedia.org/wiki/Chartered_Companies)

<sup>20</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/House\\_of\\_Burgesses](http://en.wikipedia.org/wiki/House_of_Burgesses)

<sup>21</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Mayflower> (dt.), <http://en.wikipedia.org/wiki/Mayflower> (engl.). Genealogie der Mayflower-Passagiere <http://en.wikipedia.org/wiki/Mayflower>

<sup>22</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Mayflower-Vertrag> (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Mayflower\\_Compact](http://en.wikipedia.org/wiki/Mayflower_Compact), <http://usinfo.state.gov/infousa/government/overview/2.html> und [http://avalon.law.yale.edu/17th\\_century/mayflower.asp](http://avalon.law.yale.edu/17th_century/mayflower.asp) (engl.)

gerechte Behandlung versprach, andererseits die theokratische Struktur der neuen Kolonie mit dem Vorrang der wahren Gläubigen festlegte.

Die puritanische Kolonie wurde dann im Dezember 1620 außerhalb des Gebiets der Virginia Company an einem Ort gegründet, der nach dem britischen Ausgangshafen Plymouth genannt wurde (am. *Plimoth*)<sup>23</sup>. Im März des folgenden Jahres handelten die Siedler mit den Indianern einen Friedens- und Hilfsvertrag aus, der ein halbes Jahrhundert halten sollte.

In der Geschichte der puritanischen Siedlung in Neu-England ist die Gründung der Massachusetts Bay Kolonie in Salem 1628 von größerer Bedeutung. Im folgenden Jahr wurde die New England Company in die Massachusetts Bay Company<sup>24</sup> umgewandelt und erhielt die Erlaubnis, unter der Führung des Puritaners John Winthrop<sup>25</sup> mitsamt ihren Siedlungsprivilegien nach Amerika überzusiedeln. Damit sollte im Mutterland der innenpolitische Druck, der nach der Auflösung des Parlaments durch Karl I. von den Protestanten auf Staat und Kirche ausging, abgelenkt werden. Die erste Auswandererflotte landete noch im selben Jahr 1629 in Salem<sup>26</sup>, einem Handelsplatz an der Ostküste.

Die Landung der Pilgerväter 1620 trug ebenso wie der oben genannte Pragmatismus zur Bildung eines spezifischen nationalen Charakters der Siedler bei. Mit ihr ist neben dem südlicher gelegenen Virginia ein zweiter Ansatzpunkt für die koloniale Erschließung des Kontinents durch England geschaffen, die Grenze zwischen beiden wurde entlang der Breitengrade gezogen. Die Entfernung von über 400 km zwischen beiden bedingt bereits große klimatische Unterschiede, zu denen als bestimmendes Element die konfessionelle Ausrichtung des nördlich gelegenen Massachusetts kommt.

In der Geschichte der Selbstverwaltung der Kolonien nimmt weiterhin die „Fundamental Orders“ von 1639 zwischen drei Städten am Connecticut-Fluss, Windsor, Hartford and Wethersfield, in denen die Einrichtung eines Parlaments („General Assemblies or Courts“), das zweimal jährlich tagen sollte, sowie eines jährlich zu wählenden Magistrats vereinbart wurde<sup>27</sup>, eine wichtige Stellung ein. Bereits bei der Eröffnung der ersten

---

<sup>23</sup> <http://www.plimoth.org/press/>

<sup>24</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Massachusetts\\_Bay\\_Colony](http://de.wikipedia.org/wiki/Massachusetts_Bay_Colony) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Massachusetts\\_Bay\\_Company](http://en.wikipedia.org/wiki/Massachusetts_Bay_Company) (engl.). Die Charter von 1629 unter [http://avalon.law.yale.edu/17th\\_century/mass03.asp](http://avalon.law.yale.edu/17th_century/mass03.asp)

<sup>25</sup> Nur stichwortartig [http://de.wikipedia.org/wiki/John\\_Winthrop](http://de.wikipedia.org/wiki/John_Winthrop) (dt.), ausführlicher [http://en.wikipedia.org/wiki/John\\_Winthrop](http://en.wikipedia.org/wiki/John_Winthrop) (engl.).

<sup>26</sup> Die Stadt Salem ist aus ihrer kolonialen Vergangenheit hauptsächlich für den Höhepunkt der Hexenprozesse 1692 bekannt, dem das Salem Witch Museum gewidmet ist. <http://www.salemwitchmuseum.com/index.shtml>

<sup>27</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Fundamental\\_Orders\\_of\\_Connecticut](http://en.wikipedia.org/wiki/Fundamental_Orders_of_Connecticut), Text u.a. unter [http://www.constitution.org/bcp/fo\\_1639.htm](http://www.constitution.org/bcp/fo_1639.htm) und [http://avalon.law.yale.edu/17th\\_century/order.asp](http://avalon.law.yale.edu/17th_century/order.asp). Eine Einschätzung der Orders als Grundlage für die amerikanische Verfassungsentwicklung und eine diese thematisierende Unterrichtseinheit unter <http://www.yale.edu/ynhti/curriculum/units/1980/cthistory/80.ch.02.x.html>. Eine problemorientierte Auseinandersetzung mit der Einstufung Connectcuts als Beispiel für die amerikanische Geschichte

Assembly sprach Reverend Thomas Hooker in einer Predigt davon, dass "die Begründung einer Autorität in der freien Willensäußerung des Volkes liegt" („*authority is laid in the free consent of the people*“)<sup>28</sup>.

## Die Kolonien im Zeichen des Absolutismus der Stuart

Nach der Absetzung und Enthauptung Karls I. in England (1649) ging die Kolonialpolitik vom "*Privy Council*" des Königs auf eine "*Parliamentary Commission for Plantation*", nach der Restauration der Stuarts 1660 dann wieder an ein vom König ernanntes "*Committee for Trade and Plantation*" über. Damit wurde eine strengere Reglementierung der Kolonien eingeleitet.

Den Anfang machten Navigationsakte<sup>29</sup>, die den Handel mit Tabak, Zucker, Salz, Pferden und Knechten beschränkten und merkantilistischen Gesichtspunkten unterwarfen. Sie legten dem Handel ein weitgehendes Monopol für britische Schiffe und britische Häfen auf und sollten vor allem einen Schutz vor der drohenden Überlegenheit der niederländischen Schifffahrt bieten, schränkten aber gleichzeitig die beinahe erreichte wirtschaftliche Selbständigkeit vor allem Virginias wieder ein. Europäische Güter konnten nun nur noch über England die Kolonien erreichen. Königliche Privilegien stabilisierten das politische System im Sinne der Stuarts.

Diese Navigationsakte wurden von Seiten der Kolonien im Lauf des 18. Jahrhunderts mehr und mehr als Einschränkung ihrer eigenen Wirtschafts- und Handelsfreiheit gesehen und trugen mit zum Misstrauen gegenüber der britischen Regierung in London bei.

Vor allem der Molasses Act von 1733<sup>30</sup>, der den (billigeren) Zucker aus den französischen Kolonien Westindiens hoch besteuerte und die Amerikaner zwang, den (teureren) Zucker aus den britischen Kolonien zu kaufen, sorgte für erheblichen Unmut und ließ die Aversion der Kolonisten gegen die britische Herrschaft wachsen.

Zu dieser inneren Restauration kam das Hinzutreten feudaler Elemente im Gefüge der Kolonien: 1663 wurde Carolina<sup>31</sup> (zu Ehren Karls II. benannt) unter Begründung einer abgestuften Feudalordnung als Eigentum von adligen Herren errichtet (*proprietary colony*). 1664 verlieh Karl II. seinem

---

(„Connecticut, thus, can serve as a miniature in which to view particular and general events, movements and transformations of this nation.“) in einem Artikel der New York Times (22. 11. 1987) unter <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9B0DE1D61630F931A15752C1A961948260&sec=&spoon=&pagewanted=all>

<sup>28</sup> Zitat nach [http://www.constitution.org/bcp/fo\\_1639.htm](http://www.constitution.org/bcp/fo_1639.htm).

<sup>29</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Navigationsakte> (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Navigation\\_Acts](http://en.wikipedia.org/wiki/Navigation_Acts) (engl.)

<sup>30</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Molasses\\_Act](http://en.wikipedia.org/wiki/Molasses_Act)

<sup>31</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Province\\_of\\_Carolina](http://en.wikipedia.org/wiki/Province_of_Carolina), die Carolina Charter von 1663 unter <http://www.yale.edu/lawweb/avalon/states/nc01.htm>

Bruder Jakob, dem Herzog von York, dem späteren König Jakob II., das Gebiet zwischen Connecticut<sup>32</sup> und Maryland<sup>33</sup>. Hier lag auch die holländische Kolonie Neu-Niederlande<sup>34</sup> mit dem Hauptort Neu-Amsterdam<sup>35</sup> unter der Führung Peter Stuyvesants<sup>36</sup>, der seinerseits kurz vorher eine kleine Kolonie schwedischer Händler<sup>37</sup> erobert hatte.

Stuyvesant kapitulierte vor der militärischen Macht der Engländer, der Herzog von York gab der neuerworbenen Stadt seinen Namen: New York<sup>38</sup>. Auch New Jersey<sup>39</sup>, ursprünglich Bestandteil der niederländischen Kolonie, wurde auf diesem Weg Privatbesitz zweier Adliger – als Dankesbezeugung des Königs für ihm erwiesene Treue im englischen Bürgerkrieg. Schließlich erhielt 1681 William Penn das nach ihm benannte Pennsylvania<sup>40</sup> gleichfalls als Eigentum.

Die religiöse Intoleranz, die von der *Church of England* ausging, veranlasste die Eigentümer New Jerseys, 1664 mit dem Dokument *Concession and Agreement* konfessioneller Freiheit in ihrer Kolonie zu verkünden, das die Attraktivität für neue Siedler erhöhte.<sup>41</sup>

Das puritanische Regime, die Theokratie, konnte sich in dieser Zeit in Massachusetts und den anderen Staaten Neu Englands nicht länger halten. 1684 hob der Oberste Gerichtshof in England die Freiheitsbriefe der alten Massachusetts Bay Company auf und unterstellte damit nach Rhode Island, Plymouth und Connecticut auch diese letzte Kolonie der Krone. Diese errichtete darauf das Dominion of New England<sup>42</sup>, dem militärisch auch New York, New Jersey und Pennsylvania zugeordnet waren. Die alten Freiheitsrechte Rhode Islands und Connecticuts wurden aufgehoben.

<sup>32</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Connecticut> (dt.) und <http://en.wikipedia.org/wiki/Connecticut> (engl.).

<sup>33</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Maryland> (dt.), <http://en.wikipedia.org/wiki/Maryland> (engl.)

<sup>34</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Nieuw\\_Nederland](http://de.wikipedia.org/wiki/Nieuw_Nederland) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/New\\_Netherland](http://en.wikipedia.org/wiki/New_Netherland) (engl.)

<sup>35</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Nieuw\\_Amsterdam](http://de.wikipedia.org/wiki/Nieuw_Amsterdam) /dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/New\\_Amsterdam](http://en.wikipedia.org/wiki/New_Amsterdam) (engl.)

<sup>36</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Petrus\\_Stuyvesant](http://de.wikipedia.org/wiki/Petrus_Stuyvesant) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Peter\\_Stuyvesant](http://en.wikipedia.org/wiki/Peter_Stuyvesant) (engl.)

<sup>37</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Neuschweden> (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/New\\_Sweden](http://en.wikipedia.org/wiki/New_Sweden) (engl.). Auch <http://www.colonialswedes.org/History/History.html>

<sup>38</sup> kurz [http://en.wikipedia.org/wiki/New\\_York#History](http://en.wikipedia.org/wiki/New_York#History), ausführlicher [http://en.wikipedia.org/wiki/History\\_of\\_New\\_York](http://en.wikipedia.org/wiki/History_of_New_York). Deutsch vier Zeilen unter [http://de.wikipedia.org/wiki/New\\_York\\_\(Bundesstaat\)#Geschichte](http://de.wikipedia.org/wiki/New_York_(Bundesstaat)#Geschichte)

<sup>39</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/New\\_Jersey](http://de.wikipedia.org/wiki/New_Jersey) (sehr kurzer geschichtl. Abriss), ausführlicher [http://en.wikipedia.org/wiki/New\\_Jersey](http://en.wikipedia.org/wiki/New_Jersey) (engl.)

<sup>40</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Pennsylvania> (dt., kurz), <http://en.wikipedia.org/wiki/Pennsylvania#History> und [http://en.wikipedia.org/wiki/History\\_of\\_Pennsylvania](http://en.wikipedia.org/wiki/History_of_Pennsylvania) (engl, ausführlicher). Über die deutschen Einwanderer nach Pennsylvania siehe [http://de.wikipedia.org/wiki/Pennsylvania\\_Dutch](http://de.wikipedia.org/wiki/Pennsylvania_Dutch)

<sup>41</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Colonial\\_history\\_of\\_New\\_Jersey](http://en.wikipedia.org/wiki/Colonial_history_of_New_Jersey), der Text unter [http://avalon.law.yale.edu/17th\\_century/nj02.asp](http://avalon.law.yale.edu/17th_century/nj02.asp)

<sup>42</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Dominion\\_of\\_New\\_England](http://en.wikipedia.org/wiki/Dominion_of_New_England)

## Wiederherstellung der Freiheiten nach dem Sturz der Stuart

Die Glorreiche Revolution stürzte 1688 den Stuartkönig James II. und machte dem Absolutismus in England ein Ende, noch ehe er richtig begonnen hatte. Auch das eben erst errichtete Dominion of New England<sup>43</sup>, Ausdruck des Absolutismus in Amerika, zerfiel wieder.

Am Anfang der 1690er Jahre wurde die alte, auf Selbstverwaltung (*self-government*) basierende Struktur der Kolonien wiederhergestellt (Connecticut und Rhode Island<sup>44</sup>) oder – im Status der königlichen Provinz – neu geschaffen. Das bedeutete für North- und South-Carolina, New York und New Jersey die Aufhebung der feudalen Struktur und die Einrichtung von Legislativen (Landtage). Nur Pennsylvania und Maryland blieben unter dem Regiment der alten Besitzer, wurden aber bis 1694 bzw. 1715 von königlichen Beauftragten regiert.

Die Selbstverwaltung intensivierte sich in der Folgezeit noch, sowohl durch das neugewonnene Selbstwertgefühl der Landtage als auch durch die Einbeziehung der Kolonien in die Kriege Englands, vor allem in den Spanischen Erbfolgekrieg (*Queen Anne's War*, 1702–1713<sup>45</sup>, mit britischen Angriffen auf das französische Kanada) und den Österreichischen Erbfolgekrieg (*King George's War*, 1740–1748<sup>46</sup>). Beide hatten ihren Ursprung in europäischen Erbfolgestreitigkeiten zwischen Großbritannien, Frankreich und Spanien; die amerikanischen Kolonien waren zum einen zur Versorgung der britischen Armeen verpflichtet, zum anderen lagen sie in unmittelbarer Nachbarschaft zu den spanischen Kolonien im Süden (Florida) und französischen Kolonien im Westen (Louisiana) und vor allem im Norden (Kanada). Diese europäischen Kriege, die nach Amerika ausstrahlten, fanden bei den Siedlern wenig Verständnis. Entscheidend für die weitere Geschichte Nordamerikas wurde schließlich der Siebenjährige Krieg (*French and Indian War*, 1756–1763<sup>47</sup>) zwischen Russland, Österreich und Frankreich einerseits, Preußen und England andererseits. Die Entscheidungen in diesem Krieg, der Preußen fast an den Rand der militärischen Katastrophe brachte, fielen nicht nur in Europa. Im Kolonialkrieg zwischen England und Frankreich kapitulierte am 8. September 1760 das französische Montreal (Kanada). Im Frieden von Paris (10. 2. 1763) verlor Frankreich seine Besitzungen in Kanada, der Karibik und in Indien an Großbritannien, Louisiana an Spanien.

---

<sup>43</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Dominion\\_of\\_New\\_England](http://en.wikipedia.org/wiki/Dominion_of_New_England), <http://www.u-s-history.com/pages/h546.html>

<sup>44</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Rhode\\_Island](http://de.wikipedia.org/wiki/Rhode_Island) /dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Rhode\\_Island](http://en.wikipedia.org/wiki/Rhode_Island) (engl.)

<sup>45</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Queen\\_Anne%E2%80%99s\\_War](http://de.wikipedia.org/wiki/Queen_Anne%E2%80%99s_War) (dt.),

<sup>46</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/King\\_Georges\\_War](http://en.wikipedia.org/wiki/King_Georges_War) (engl., entspricht nicht den Wikipedia-Standards), <http://www.u-s-history.com/pages/h847.html> oder

<sup>47</sup> <http://www.sparknotes.com/history/american/frenchindian/summary.html>

Auch wenn die Landtage nicht den Prinzipien moderner repräsentativer Demokratie entsprachen, förderten sie doch durch die politische Diskussion das Zusammenwachsen der oft recht unterschiedlich geprägten Einwanderer mit den bereits alteingesessenen Amerikanern. Mit der Veränderung im Einwandererstrom während des 18. Jahrhunderts veränderte sich nicht nur das innere Gefüge der Gesellschaft in den Kolonien, sondern auch das Verhältnis zum englischen Mutterland: Die Mehrzahl der Einwanderer kam jetzt nicht mehr aus England, sondern aus Deutschland, Ulster (Nord-Irland), Schottland und Frankreich.

## Die Struktur der Kolonien

### Das politische System

Maßgeblich für die politische Struktur der britischen Kolonien in Nordamerika<sup>48</sup> ist das Nebeneinander der verschiedenen privilegierten Gesellschaften (*Chartered Companies*<sup>49</sup>), so dass jede neue Siedlung zunächst ein autonomes Gemeinwesen bildete. Trotz aller Veränderungen in der politischen Landschaft blieb dieses Nebeneinander verschiedener Organisationsformen als Keimzelle des amerikanischen Föderalismus bestimmend für die Grundstruktur der Vereinigten Staaten.

Ein weiterer Grundzug ist das zunächst in Virginia verwirklichte, von der Staatsautorität herkommende Repräsentationssystem. Es wurde auch beibehalten, nachdem Virginia 1624 aus dem Besitz der zusammengebrochenen "*London Company*"<sup>50</sup> an die Krone zurückfiel und Kronkolonie, die erste dieser Art in der britischen Geschichte, wurde.

Neben diesem Repräsentationssystem erwies sich in den nördlicher gelegenen Neu-England-Kolonien die politische Struktur der Puritanergemeinden als wichtig für die weitere Entwicklung. Durch die Loslösung von der anglikanischen Bischofskirche und ihrer Hierarchie übernahmen gewählte Vertreter (Presbyter, Kirchenälteste) die Führung der Gemeinde, die damit nicht nur religiöse, sondern auch politische Formation war. Im Unterschied zum Presbyterianismus standen die Puritaner als Kongregationalisten dem Staat und seiner Organisation weit reservierter gegenüber. Auf dieser Grundlage schlossen die 41 Männer, die 1620 mit der *Mayflower* den Atlantik überquerten, noch auf dem Schiff den "*Mayflower Compact*", durch den sie sich verpflichteten, zur Schaffung

---

<sup>48</sup> Übersicht unter [http://de.wikipedia.org/wiki/Dreizehn\\_Kolonien](http://de.wikipedia.org/wiki/Dreizehn_Kolonien) (dt.) und [http://en.wikipedia.org/wiki/Thirteen\\_Colonies](http://en.wikipedia.org/wiki/Thirteen_Colonies) (engl.). Historisches Kartenmaterial bei der Library of Congress unter <http://memory.loc.gov/ammem/gmdhtml/armhtml/armhome.html>

<sup>49</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Chartered\\_Companies](http://en.wikipedia.org/wiki/Chartered_Companies)

<sup>50</sup> Kurzname für die Virginia Company of London, [http://de.wikipedia.org/wiki/Virginia\\_Company\\_of\\_London](http://de.wikipedia.org/wiki/Virginia_Company_of_London) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/London\\_Company](http://en.wikipedia.org/wiki/London_Company) (engl., mit Kartenskizze)

"gerechter und gleicher Gesetze" ein politische Körperschaft zu bilden, d.h. zu wählen.

Durch die Übersiedlung der Massachusetts Bay Company<sup>51</sup>, einer ganzen Kolonistengesellschaft, gewann Massachusetts einen eigenen Rang, da keine im Mutterland verbliebene Gesellschaft mehr Richtlinien vorgab. Die Kolonie wurde unter Winthrops Führung fast souverän. Hier konnten die Prinzipien des Puritanismus verwirklicht und Kirche und Staat, wie Calvin es gefordert hatte, in eine enge Gemeinschaft gebracht werden. Da der religiöse Eifer jedoch groß und die Toleranz gering waren, setzte bald eine neue Auswanderungswelle, diesmal aus Massachusetts selbst, ein, die zur Gründung neuer Siedlungen führte.

Unter dem Eindruck der Gefährdung durch Indianerkämpfe und Bürgerkrieg wuchsen die Kolonien stärker zusammen: Unter Führung John Winthrops kam es schließlich 1643 in Boston zu einem ersten Bündnis der Kolonien, der Konföderation der "*United Colonies of New England*" (1643)<sup>52</sup>, die außer Massachusetts Connecticut, New Haven (später zu Connecticut) und Plymouth (später zu Massachusetts) umfasste. Die zahlreichen persönlichen wie wirtschaftlichen Bindungen an das Mutterland ließen allerdings den Gedanken an Unabhängigkeit nicht zu.

1627 plante George Calvert, erster Lord Baltimore<sup>53</sup>, in Neufundland die Errichtung einer Heimstätte für die in England verfolgten Katholiken. Nach dem Versuch, dieses Asyl in Virginia zu schaffen, erhielt er von König Karl ein Privileg für die Kolonie Maryland<sup>54</sup> (benannt nach der Königin Henriette Maria) nördlich und östlich des Potomac-River und erhielt die Kolonie als Eigentümer. Als Katholik war Lord Baltimore daran interessiert, auch nichtprotestantische Kirchen zuzulassen, um vor allem seine katholischen Glaubensbrüder anzusiedeln. Baltimore starb 1632, bevor er die Kolonie gründen konnte, aber Maryland wurde unter der Führung seiner Nachkommen die erste Kolonie mit religiöser Toleranz<sup>55</sup>.

Zusammenfassend lässt sich das politische System der Kolonien in drei Kategorien einteilen:

---

<sup>51</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Massachusetts\\_Bay\\_Colony](http://de.wikipedia.org/wiki/Massachusetts_Bay_Colony) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Massachusetts\\_Bay\\_Colony](http://en.wikipedia.org/wiki/Massachusetts_Bay_Colony) (engl., mit Kartenskizze), dann <http://content.scholastic.com/browse/article.jsp?id=5106>. Mit weiterführenden Links <http://www.u-s-history.com/pages/h572.html>

<sup>52</sup> New England Articles of Confederation (1643) <http://personal.pitnet.net/primarysources/1643.html> oder [http://religiousfreedom.lib.virginia.edu/sacred/colonies\\_of\\_ne\\_1643.html](http://religiousfreedom.lib.virginia.edu/sacred/colonies_of_ne_1643.html)

<sup>53</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/George\\_Calvert](http://en.wikipedia.org/wiki/George_Calvert) (engl., die deutsche Version ist denkbar knapp)

<sup>54</sup> Kurz <http://de.wikipedia.org/wiki/Maryland> (dt.), ausführlicher [http://en.wikipedia.org/wiki/History\\_of\\_Maryland](http://en.wikipedia.org/wiki/History_of_Maryland) (engl.)

<sup>55</sup> Das Toleranzgesetz von 1642 [http://en.wikipedia.org/wiki/Maryland\\_Toleration\\_Act](http://en.wikipedia.org/wiki/Maryland_Toleration_Act)

Die *Kronkolonien*<sup>56</sup> (*crown colonies*) standen unter der Leitung des Gouverneurs als des Stellvertreters des Königs. In seiner Ernennungsurkunde umschrieb der König die Rechtsverhältnisse zwischen Krone und Kolonisten und erließ damit eine verfassungsähnliche Rechtsgrundlage. Dem Gouverneur unterstanden sowohl die Exekutive als auch die Justiz. Die Versammlungen der Freien konnten zwar Gesetzesvorlagen unterbreiten, der Gouverneur musste diesen aber zustimmen. Dem Gouverneur stand der Royal Council zur Seite, der sowohl legislative als auch judikative Funktionen hatte und dessen Mitglieder in der Regel aus der wirtschaftlichen Oberschicht der Kolonien stammten und vom König ernannt wurden. In dieser Funktion entsprach der Royal Council dem englischen Oberhaus.

Die *Eigentümerkolonien* (*proprietary colonies*) – nach 1730 nur noch Pennsylvania und Maryland – setzten den Eigentümer an die Stelle des Königs. In dessen Auftrag regierte also der Gouverneur, er ernannte die Mitglieder des Council.

Connecticut und Rhode Island vertraten demgegenüber den Typ der *Charter-Kolonien* (*chartered colonies*), in denen das Rechtsverhältnis zwischen König und Kolonie durch eine einmal gegebene Charter, eine Urkunde von verfassungsmäßigem Rang, geregelt war. Dieses Rechtsverhältnis war für die Folgezeit festgelegt und konnte nur vom Obersten Gerichtshof (Massachusetts Bay Company 1684) oder von der Krone durch einseitigen Gewaltakt (Connecticut, Rhode Island 1685) aufgehoben werden.

In allen Kolonien aber knüpften die Siedler an die britische Tradition der parlamentarisch-repräsentativen Vertretung an. Das Wahlrecht war als Zensuswahlrecht fast überall an Besitz geknüpft, nur in den puritanisch bestimmten Kolonien an das religiöse Bekenntnis. Damit war ein ständiger Konflikt zwischen der Volksvertretung und dem vom König eingesetzten Gouverneur vorgezeichnet.

Im 17. Jahrhundert stand hinter der britischen Kolonialpolitik in Nordamerika noch keine streng durchgehaltene Linie, im 18. Jahrhundert verstärkte sich dagegen der Druck von der Zentralgewalt, d.h. von König und Parlament in London, auf die Kolonien.

## **Gesellschaftliche Besonderheiten**

Schon die Ostküste Nordamerikas ist ein Landstrich mit starken geographisch-klimatischen Gegensätzen. Neu-England hat ein kühl-gemäßigtes Klima, dem Mitteleuropas durchaus ähnlich; Virginia und Carolina dagegen, schon auf der geographischen Breite von Südspanien

---

<sup>56</sup> Der deutsche Wikipedia-Artikel <http://de.wikipedia.org/wiki/Kronkolonie> ist hierfür unbrauchbar, der englische [http://en.wikipedia.org/wiki/Crown\\_colony](http://en.wikipedia.org/wiki/Crown_colony) enthält eine kurze historische Einleitung über den Begriff.

bzw. Nordafrika gelegen, haben feucht-heiße Sommer und sehr milde Winter. Die Siedler gingen deshalb hier schon früh dazu über, Schwarze als Sklaven für die landwirtschaftlichen Arbeiten einzusetzen. Sie selbst konnten aufgrund der steigenden Nachfrage nach ihren Produkten ihre Anbauflächen schnell vergrößern und wuchsen bald in die Rolle halb-aristokratischer Großgrundbesitzer hinein. Die ersten schwarzen Sklaven wurden bereits 1619 gekauft, in der Mitte des 18. Jahrhunderts zählte man in Virginia bereits 120000 Sklaven, um 1770 in ganz Nordamerika etwa 225000<sup>57</sup>. In dem Klima des Südens wuchsen Tabak und Baumwolle, daneben Reis und Indigo besonders gut – arbeitsintensive Kulturen, die den Einsatz von Sklaven begünstigten.

Die Siedler des Nordens behielten dagegen im wesentlichen die bürgerlich geprägte Sozialstruktur des Mutterlandes mit Landwirtschaft, Handwerk und Handel bei. Die geographischen Unterschiede lassen sich auch in der konfessionellen Struktur wiederfinden: Der Norden war traditionell protestantisch-calvinistisch, der Süden (wo Maryland schon als eine Siedlung vertriebener Katholiken gegründet war) mehr katholisch geprägt.

Der zweite Gesichtspunkt in der Sozialordnung der Kolonien betrifft das Prinzip der "Kontraktknechte" (*indentured servants*<sup>58</sup>). Das sind Auswanderer, die ihre Überfahrt nicht selbst bezahlen konnten, sich deshalb in die Abhängigkeit der Schiffseigner begaben und nach Ankunft in Amerika von diesen verkauft wurden. Die Dienstzeit war gesetzlich vorgeschrieben und lag zwischen 4 und 7, manchmal bis zu 12 Jahren. Drei Viertel der europäischen Siedler kamen um die Mitte des 17. Jahrhunderts als *indentured servants*. Am sichersten war die Stellung derer, die bereits mit ansässigen Siedlern einen Kontrakt geschlossen hatten. Andere wurden wie Sklaven verkauft und nicht selten unter Vorwänden länger als die vereinbarte Zeit im Dienst gehalten. Nach Ablauf dieser Zeit aber war der Knecht persönlich frei und erhielt Geld, Kleidung, Land, Saatgut und Gerät als Erstausrüstung. Das Fehlen der europäischen Standesschranken trug dazu bei, dass diese ehemaligen Knechte sehr schnell in der sozialen Ordnung aufsteigen konnten.

Der dritte Gesichtspunkt schließlich betrifft die von den Kolonien ihrerseits vorangetriebene Siedlung nach Westen, ins Indianerland. Dort herrschten keinerlei politische, gesellschaftliche oder religiöse Zwänge, deshalb konnten alle, die sich in den Ostküsten-Kolonien irgendwie eingeeengt fühlten, hoffen, dort ihren Traum von Freiheit verwirklichen.

---

<sup>57</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Sklaverei\\_in\\_den\\_Vereinigten\\_Staaten](http://de.wikipedia.org/wiki/Sklaverei_in_den_Vereinigten_Staaten) (dt.) und [http://en.wikipedia.org/wiki/Slavery\\_in\\_the\\_United\\_States](http://en.wikipedia.org/wiki/Slavery_in_the_United_States) bzw. [http://en.wikipedia.org/wiki/Slavery\\_in\\_Colonial\\_United\\_States](http://en.wikipedia.org/wiki/Slavery_in_Colonial_United_States). Unterrichtsmaterial (in engl.) bei <http://www.slaveryinamerica.org/history/overview.htm>. Das „Making of America Virtual Museum“ auf <http://www.pbs.org/wnet/slavery/teachers/virtual.html>.

<sup>58</sup> Datenbank zur Suche von Personen bei [http://www.virtualjamestown.org/indentures/search\\_indentures.html](http://www.virtualjamestown.org/indentures/search_indentures.html)

## Der Kampf um die Unabhängigkeit

### Zeittafel

1763	Quartering Act zur Deckung der Truppenkosten durch die Kolonien
1764/65	Finanzgesetze zur Besteuerung von Konsumgütern (u.a. Sugar Act, Stamp Act)
1766	Stamp Act Congress in New York, "Declaration of Rights and Grievances"
1767	Townshends Act
1773	Tea-Act
1773	Mitte Dezember: Boston Tea Party
1774	März/April: Zwangsgesetze (Coercive/Intolerable Acts)
1774	April: Erster Kontinentalkongress, erste Gefechte zwischen Kolonisten und brit. Truppen
	Mai : Zweiter Kontinentalkongress
1776	4. Juli: Unabhängigkeitserklärung
1778	Bündnisvertrag mit Frankreich
1782	Dezember: Anerkennung der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten durch England
1783	Friede von Paris zur Beendigung des Unabhängigkeitskrieges
1787	Mai: Zusammentritt des Verfassungskonvents in Philadelphia
17. 9.	Verkündung der Verfassung
1791	Erstes Verfassungsamendment (10 Artikel)

## Die Spannungen zwischen Krone und Kolonien

### Grundlagen

Entscheidend für die Entwicklung der Spannungen zwischen Großbritannien und seinen nordamerikanischen Kolonien wurde der bereits seit dem Ende des 17. Jahrhunderts zu beobachtende Trend zur Intensivierung der Herrschaft des Mutterlandes über die Kolonien. Mit der

Erwerbung des französischen Kolonialbesitzes (1763)<sup>59</sup> wuchsen für England die Einflussmöglichkeiten, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Dieser Intensivierung der britischen Herrschaft standen aber Formen der Selbstverwaltung und Selbstregierung entgegen, wie sie die Krone nach 1688 einzelnen Kolonien wieder zugestehen musste. Dazu kam die hohe Verschuldung des Mutterlandes durch die Kosten des Siebenjährigen Krieges (130 Millionen Pfund Sterling) und das Ansteigen der staatlichen Ausgaben sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich in Amerika. Es lag nahe, im Zusammenhang mit der Systematisierung der Herrschaft in den Kolonien auch deren Wirtschaftskraft für diese Ausgaben nutzbar zu machen. Das aber widersprach dem Verlangen der Kolonisten nach einer Entlastung von den Beschränkungen des merkantilistischen Systems und nach politischer Gleichberechtigung.

In den "alten" Kolonien Nordamerikas lebten bereits 2,25 Millionen Menschen<sup>60</sup> (gegenüber 6,5 Millionen im Mutterland), die Eisenproduktion war höher als in England und Wales, ein Drittel der britischen Schiffe wurde hier gebaut, die Fischereiflotte zählte bereits über tausend Schiffe, kurz, die wirtschaftliche Selbständigkeit, die Autarkie der Kolonien vom Mutterland zeichnete sich ab<sup>61</sup>. Für die britischen Kaufleute stand jedoch weiterhin im Vordergrund, wie sie ihre eigene Bilanz und die des britischen Mutterlandes positiv gestalten konnten. Für sie war der Merkantilismus die gegebene Wirtschaftsform, die den Vorteil der britischen Seite sicherte, während in den Kolonien die Vorschriften dieses Systems leicht zu umgehen und deshalb auch leicht zu ertragen waren.

Einer der maßgeblichen Punkte in der Entwicklung hin zur Revolution waren aber die Überlegungen in Kreisen der neuenglischen Kaufleute über das Verhältnis von merkantilistischem System und eigenen Profiten. Aus dem Missverhältnis zwischen wirtschaftlicher Macht und politischer Mitbestimmung entstand revolutionärer Zündstoff.

## Die Steuergesetze

Die britische Krone musste also versuchen, sowohl ihre Kontrolle über die amerikanischen Gebiete den veränderten territorialen Gegebenheiten anzupassen und zu intensivieren als auch die Kolonien stärker zur Deckung des defizitären Staatshaushaltes heranzuziehen.

---

<sup>59</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Franzosen-\\_und\\_Indianerkrieg](http://de.wikipedia.org/wiki/Franzosen-_und_Indianerkrieg) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/French\\_and\\_Indian\\_War](http://en.wikipedia.org/wiki/French_and_Indian_War) und <http://www.sparknotes.com/history/american/frenchindian/summary.html> (engl.). Die Seite <http://www.militaryheritage.com/7yrswar.htm> ist mehr auf das Zeitkolorit ausgerichtet und weist Dutzende von Reenactment-Gruppen nach. Über die Proklamation des Königs 1763 [http://www.americanrevolution.com/docs\\_proclamation\\_1763.html](http://www.americanrevolution.com/docs_proclamation_1763.html).

<sup>60</sup> Colonial Population Estimates: <http://www.infoplease.com/ipa/A0004979.html>

<sup>61</sup> Allgemeine Statistische Angaben ab 1789: <http://www2.census.gov/prod2/statcomp/documents/HistoricalStatisticsoftheUnitedStates1789-1945.pdf>

Die finanziellen Beziehungen zwischen dem britischen Mutterland und seinen nordamerikanischen Kolonien waren bisher so geregelt, dass diese die für ihre eigenen Zwecke erforderlichen Steuern durch ihre Legislativen selbst beschlossen und sich an der Deckung der britischen Staatsausgaben über die üblichen Export- und Importsteuern beteiligten. Im übrigen trug der Gewinn der in London ansässigen Handelsgesellschaften aus dem Amerikahandel mit zum britischen Staatshaushalt bei. Eines der Grundgesetze des britischen Verfassungslebens bestand jedoch darin, dass das Parlament nur über Steuern von Leuten, die auch im Parlament vertreten waren, beschließen durfte.

Die Stationierung starker Truppenverbände in Amerika (bereits 1763) verstanden die Kolonisten als Repression, ihre Kosten wurden den Kolonien durch die *Quartering Act*<sup>62</sup> aufgeladen. Eine Verschärfung der Zollaufsicht sollte vor allem den blühenden Warenschmuggel unterbinden; in einer Reform des Gerichtswesens wurde ein *Vice Admiralty's Court* errichtet, der außerhalb der Kolonien (Halifax/Neu-Schottland) lag, aber für sie zuständig war. Beide Maßnahmen verschlechterten das Klima weiter und riefen ein latentes Aufbegehren vieler Kolonisten hervor.

Bereits 1764 traten Finanzgesetze in Kraft, die sowohl Importe verteuerten (*Sugar-Act*<sup>63</sup>), als auch in den Kolonien selbst hergestellte Druckerzeugnisse, vor allem Zeitungen, aber auch alle Arten von offiziellen Papieren und Urkunden, besteuerten (*Stamp-Act*, 1765<sup>64</sup>). Ein Boykott englischer Waren (*Nonimportation*) und die Forderung nach angemessener Mitsprache bei der Gesetzgebung (*No taxation without representation*<sup>65</sup>, Jonathan Mayhew, Boston, bekannt gemacht durch James Otis und die Formulierung „*Taxation without representation is tyranny*“) führte 1766 zum Fall der umstrittenen Gesetze. Auch von den *Townshends Acts* (1767)<sup>66</sup> blieb schließlich nur die Teesteuer.

Träger dieser Aktionen waren Volksvertretungen, vor allem in Massachusetts und Virginia, aber auch, besonders was die *Stamp-Act* anging, sog. Korrespondenz-Komitees, d. h. die Presse und damit die intellektuelle Oberschicht in den Kolonien. Vorläufiger Höhepunkt war 1766 der *Stamp Act Congress*<sup>67</sup> in New York, an dem Delegierte aus neun

---

<sup>62</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Quartering\\_Act](http://en.wikipedia.org/wiki/Quartering_Act) (engl.), die deutsche Seite bei Wikipedia verzeichnet nur den Text des Gesetzes. <http://www.u-s-history.com/pages/h641.html>. Ebenso [http://www.americanrevolution.com/his\\_events\\_quartering\\_acts.html](http://www.americanrevolution.com/his_events_quartering_acts.html)

<sup>63</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Sugar\\_Act](http://de.wikipedia.org/wiki/Sugar_Act) (dt.), ausführlicher [http://en.wikipedia.org/wiki/Sugar\\_Act](http://en.wikipedia.org/wiki/Sugar_Act), kürzer <http://www.ushistory.org/Declaration/related/sugaract.htm>.

<sup>64</sup> Sehr ausführlich [http://en.wikipedia.org/wiki/Stamp\\_Act\\_1765](http://en.wikipedia.org/wiki/Stamp_Act_1765) (engl.), kürzer <http://www.history.org/history/teaching/tchrsta.cfm>, deutsch <http://de.wikipedia.org/wiki/Stempelgesetz>. [http://www.americanrevolution.com/his\\_events\\_acts.html](http://www.americanrevolution.com/his_events_acts.html)

<sup>65</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/No\\_taxation\\_without\\_representation](http://de.wikipedia.org/wiki/No_taxation_without_representation) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Townshend\\_Acts](http://en.wikipedia.org/wiki/Townshend_Acts) und <http://americanrevwar.homestead.com/files/town.htm> (engl.)

<sup>66</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Townshend\\_Acts](http://de.wikipedia.org/wiki/Townshend_Acts) (dt.)

<sup>67</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Stamp\\_Act\\_Congress](http://en.wikipedia.org/wiki/Stamp_Act_Congress) (engl.)

Kolonien teilnahmen und auf dem eine *"Declaration of Rights and Grievances"*<sup>68</sup> verabschiedet wurde – eine der ersten Formulierungen der gegensätzlichen Rechtspositionen und Vorläufer der Unabhängigkeitserklärung von 1776. Sie stellte fest, dass die Kolonisten alle Rechte der Engländer hätten und dass ohne ihr Stimmrecht das britische Parlament kein Recht habe, sie zu vertreten.

Einigungsbestrebungen wie diesen Kongress hatte es vorher bereits gegeben, wie der Unionsplan von Albany 1754, mit dem die Kolonien stärker zusammengefasst und unter eine stärker zentralisierte Ober-Regierung gestellt werden sollten.<sup>69</sup>

Die entscheidende Auseinandersetzung kam mit der *Tea-Act* vom Mai 1773<sup>70</sup>, die der unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten leidenden East-India-Company wieder auf die Beine helfen sollte. Dieses Gesetz erlaubte der Gesellschaft die zollfreie Einfuhr ihres Tees in die amerikanischen Kolonien und sicherte ihr das Monopol für den Teehandel. Nicht so sehr der erhobene Zoll als vielmehr diese Monopolstellung rief den erbitterten Widerstand der Kolonisten hervor.

Von den zum Teil gewalttätigen Auseinandersetzungen um die Tee-Einfuhren wurde die Boston Tea Party<sup>71</sup> im Dezember 1773 am bekanntesten. Hier warfen die Bostoner „Söhne der Freiheit“, die sich als Indianer verkleidet hatten, die gesamte Ladung der ersten drei Schiffe, die ihre Tee-Ladung löschen wollten, 45 t im Wert von (umgerechnet) fast 1,9 Millionen US-\$, ins Meer. Ähnliches geschah in New York und vor Annapolis.

Die britische Regierung in London reagierte mit Strenge und erließ fünf Gesetze, die die politische Position der Krone stärken sollten (*Coercive Acts*<sup>72</sup>: Sperrung des Bostoner Hafens<sup>73</sup>, Stärkung des königlichen Regiments in Massachusetts durch Aufhebung der alten Charta<sup>74</sup>, Verschärfung der *Quartering Act* von 1765, Deportation verhafteter

<sup>68</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Declaration\\_of\\_Rights\\_and\\_Grievances](http://en.wikipedia.org/wiki/Declaration_of_Rights_and_Grievances) (engl.)

<sup>69</sup> <http://www.state.gov/r/pa/ho/time/cp/90611.htm>, der Text unter [http://avalon.law.yale.edu/18th\\_century/albany.asp](http://avalon.law.yale.edu/18th_century/albany.asp)

<sup>70</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Tea\\_Act](http://en.wikipedia.org/wiki/Tea_Act) (formal nicht den Wikipedia-Ansprüchen genügend), der Text unter [http://ahp.gatech.edu/tea\\_act\\_bp\\_1773.html](http://ahp.gatech.edu/tea_act_bp_1773.html) und [http://www.americanrevolution.com/his\\_events\\_tea\\_act.html](http://www.americanrevolution.com/his_events_tea_act.html).

<sup>71</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Boston\\_Tea\\_Party](http://de.wikipedia.org/wiki/Boston_Tea_Party) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Boston\\_Tea\\_Party](http://en.wikipedia.org/wiki/Boston_Tea_Party) (engl.). Kurz auch [http://www.americanrevolution.com/his\\_events\\_boston\\_tea.html](http://www.americanrevolution.com/his_events_boston_tea.html)

<sup>72</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Intolerable\\_Acts](http://de.wikipedia.org/wiki/Intolerable_Acts) (dt., kurz), [http://en.wikipedia.org/wiki/Intolerable\\_Acts](http://en.wikipedia.org/wiki/Intolerable_Acts). Ebenso [http://www.americanrevolution.com/his\\_events\\_acts.html](http://www.americanrevolution.com/his_events_acts.html). Umfangreiche Sammlung von Dokumenten im Zusammenhang mit den Unruhen auf dem Server der Northern Illinois University Libraries unter [http://colet.uchicago.edu/cgi-bin/amarch/documentidx.pl?vol\\_id=S4-V1](http://colet.uchicago.edu/cgi-bin/amarch/documentidx.pl?vol_id=S4-V1).

<sup>73</sup> [http://www.americanrevolution.com/his\\_events\\_boston\\_port.html](http://www.americanrevolution.com/his_events_boston_port.html).

<sup>74</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Massachusetts\\_Government\\_Act](http://en.wikipedia.org/wiki/Massachusetts_Government_Act) und [http://www.americanrevolution.com/his\\_events\\_mass\\_gov\\_act.html](http://www.americanrevolution.com/his_events_mass_gov_act.html) Text unter <http://www.usconstitution.net/massgovact.html>

Gewalttäter nach England etc., aber auch Stärkung Kanadas durch die *Quebec-Act*<sup>75</sup>).

Wie Lord North, der britische Premierminister, im Parlament erklärte, dienten diese Gesetze, vor allem der Massachusetts Government Act, dazu, "dem demokratischen Teil der Regierung der Kolonie die Handlungsfähigkeit zu nehmen" (*to take the executive power from the hands of the democratic part of government*).<sup>76</sup>

Von Seiten der Kolonisten, die diese Gesetze als "*Intolerable Acts*" ablehnten, wurde daraufhin der erste Kontinentalkongress (1774)<sup>77</sup> in Philadelphia einberufen. Während sich hier noch Royalisten und Radikale etwa die Waage hielten, wollte der britische General Gage ein Munitionslager der kolonialen Miliz in Lexington (Massachusetts) ausheben lassen, um die königlichen Gesetze (*Coercive Acts*<sup>78</sup>) durchzusetzen. Dabei kam es in Lexington und Concord (Massachusetts) zu Feuertreffen zwischen britischen Truppen und Einheiten der Miliz (19. April 1775)<sup>79</sup>. Noch am selben Tag schloss die Miliz Boston ein und begann eine Belagerung, die bis zum März 1776 andauern sollte. Der daraufhin für den 10. Mai einberufene zweite Kontinentalkongress<sup>80</sup> rief den Verteidigungszustand der Kolonien aus (15. Mai), bereitete sich damit auf einen Krieg vor und ernannte George Washington<sup>81</sup> zum Oberbefehlshaber der aus den Neu-England-Milizen neu gebildeten Armee<sup>82</sup> (15. Juni).

## Die Unabhängigkeitsbewegung

### Auseinandersetzungen mit der Krone

Die Revolutionsbewegung bekam aber erst durch neue Auseinandersetzungen mit den britischen Truppen und vor allem durch Thomas Paines<sup>83</sup> Schrift "*Common Sense*"<sup>84</sup> (veröffentlicht am 10. Januar

<sup>75</sup> [http://www.solon.org/Constitutions/Canada/English/PreConfederation/ga\\_1774.html](http://www.solon.org/Constitutions/Canada/English/PreConfederation/ga_1774.html)

<sup>76</sup> zitiert [http://en.wikipedia.org/wiki/Massachusetts\\_Government\\_Act](http://en.wikipedia.org/wiki/Massachusetts_Government_Act) nach Ian R. Christie/ Benjamin W. Labaree, *Empire or Independence, 1760–1776* (New York: Norton, 1976), S. 188.

<sup>77</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Erster\\_Kontinentalkongress](http://de.wikipedia.org/wiki/Erster_Kontinentalkongress) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/First\\_Continental\\_Congress](http://en.wikipedia.org/wiki/First_Continental_Congress) (engl.)  
<http://memory.loc.gov/ammem/collections/continental/>

<sup>78</sup> Steigerung in der Wortwahl, aus den „nicht geduldeten“ Gesetzen wurden „Zangsgesetze“, auch „Restraining Acts“ genannt. <http://www.u-s-history.com/pages/h647.html>

<sup>79</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Gefechte\\_von\\_Lexington\\_und\\_Concord](http://de.wikipedia.org/wiki/Gefechte_von_Lexington_und_Concord) (dt.) und [http://en.wikipedia.org/wiki/Battles\\_of\\_Lexington\\_and\\_Concord](http://en.wikipedia.org/wiki/Battles_of_Lexington_and_Concord) (engl., beide sehr ausführlich)

<sup>80</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/Second\\_Continental\\_Congress](http://en.wikipedia.org/wiki/Second_Continental_Congress)

<sup>81</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/George\\_Washington](http://de.wikipedia.org/wiki/George_Washington) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/George\\_Washington](http://en.wikipedia.org/wiki/George_Washington) (engl.), ausführlicher [http://en.wikipedia.org/wiki/George\\_Washington\\_in\\_the\\_American\\_Revolution](http://en.wikipedia.org/wiki/George_Washington_in_the_American_Revolution).

<sup>82</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Kontinentalarmee> (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Continental\\_Army](http://en.wikipedia.org/wiki/Continental_Army) (engl.)

<sup>83</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas\\_Paine](http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Paine) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Thomas\\_Paine](http://en.wikipedia.org/wiki/Thomas_Paine) (engl.)

1776) Auftrieb, in der er den Gegensatz formuliert zwischen der unterjochten Alten Welt und der Neuen Welt, die die gehetzte und vertriebene Freiheit ("*England hat sie zur Abreise aufgefordert*") empfangen und der Menschheit einen Zufluchtsort geben müsse. Wenn auch die unmittelbare Wirkung dieses Pamphletes, das den König mit unerhörter Schärfe angriff ("*britische Mörder*"), nicht allzu hoch war, so trug es doch einerseits wesentlich zur Verschärfung des Verhältnisses zwischen Gemäßigten (*Tories*) und Radikalen (*Whigs*), andererseits zur allmählichen Verbreitung des Unabhängigkeitsgedankens in den Kolonien selbst bei.

Die Idee der Unabhängigkeit setzte sich denn auch nur langsam durch. Noch im Oktober 1774 hielt George Washington eine Loslösung von der britischen Krone für undenkbar, und auch in seiner Resolution vom 6. Juli 1775 erklärte der Kongress, nicht die Unabhängigkeit von Großbritannien anzustreben. <nachprüfen<sup>85</sup>> Der Umschwung trat erst ein, als in einzelnen Kolonien die Radikalen zur Macht kamen und von dort aus die Unabhängigkeitsbewegung vorantrieben. So wies erstmals am 12. April der Provinzialkongress von North Carolina seine Delegierten im Kontinentalkongress an, die Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterstützen. Unmittelbar auslösendes Moment zur Unabhängigkeit war also nicht der Kontinentalkongress, sondern das Bestreben der Einzelstaaten.

Massachusetts ging hier voran, New Hampshire, New Jersey und andere folgten, indem sie sich neue Verfassungen gaben<sup>86</sup> und damit ihre Unabhängigkeit von Großbritannien proklamierten. Rhode Island und Connecticut gingen eigene Wege, hier war die Autonomie von der Krone seit jeher besonders stark ausgeprägt. Rhode Island behielt seine Verfassung von 1663<sup>87</sup>, nach der das Wahlrecht nur den freien Siedlern und deren ältesten Söhnen zustand, bis zur Dorr-Rebellion 1843.

An den Anfang ihrer Verfassungstexte stellten die Staaten *Bills of Rights*, Kodifizierungen der Menschen- und Bürgerrechte, wie sie Aufklärung und Naturrecht seit langem gefordert hatten. Am bekanntesten wurde die *Virginia Bill of Rights* vom 12. 6. 1776<sup>88</sup> mit ihrem grundlegenden ersten Artikel: "*That all men are by nature equally free and independent and have certain inherent rights, ... namely the enjoy of life and liberty, with the means of acquiring and possessing property and pursuing and obtaining happiness and safety.*" (Alle Menschen sind von Natur aus in gleicher Weise frei und unabhängig und besitzen bestimmte angeborene Rechte ...,

---

<sup>84</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Common\\_Sense](http://de.wikipedia.org/wiki/Common_Sense) (dt., kurz), [http://en.wikipedia.org/wiki/Common\\_Sense\\_\(pamphlet\)](http://en.wikipedia.org/wiki/Common_Sense_(pamphlet)) (engl., ausführlicher). Hier auch Online-Texte verwiesen. Online auch <http://www.ushistory.org/paine/commonsense/>

<sup>85</sup> [Lee's Resolution: June 7, 1776](#) formuliert die Unabhängigkeit

<sup>86</sup> Verfassungen bei [http://avalon.law.yale.edu/subject\\_menus/statech.asp](http://avalon.law.yale.edu/subject_menus/statech.asp).

<sup>87</sup> [http://avalon.law.yale.edu/17th\\_century/ri04.asp](http://avalon.law.yale.edu/17th_century/ri04.asp)

<sup>88</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Virginia\\_Declaration\\_of\\_Rights](http://de.wikipedia.org/wiki/Virginia_Declaration_of_Rights) (dt.), [http://en.wikipedia.org/wiki/Virginia\\_Bill\\_of\\_Rights](http://en.wikipedia.org/wiki/Virginia_Bill_of_Rights) (engl.).

und zwar den Genuss des Lebens und der Freiheit, die Mittel zum Erwerb und Besitz von Eigentum und das Erstreben und Erlangen von Glück und Sicherheit.) Auch die Unabhängigkeitserklärung greift diesen Begriff der *certain unalienable Rights*, nämlich Leben, Freiheit und das Streben nach Glück (*Pursuit of Happiness*) wieder auf.<sup>89</sup>

Die Virginia Bill of Rights geht auf George Mason<sup>90</sup> zurück, der später auch die Ergänzung der ersten Verfassung der Vereinigten Staaten durch die Deklaration der Grundrechte durchsetzte.

Es muss aber betont werden, dass das Aufbegehren der Kolonisten gegen die britische Regierung nicht der Kampf einer ausgebeuteten und unterdrückten Gruppe oder gar einer ganzen Bevölkerung gegen ihren Herrn war, sondern dass im wesentlichen schon der Verdacht einer Beschränkung der amerikanischen Freiheiten genügte, um entschiedene Reaktionen der Kolonisten hervorzurufen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die freiheitliche Tradition der Amerikaner zu betrachten.

Man kann den Riss in der britischen Gesellschaft und die Absetzbewegung von der Krongewalt bereits mit dem Eindringen des Calvinismus und Puritanismus in die britische Gesellschaft erkennen. Sowohl die repressive Politik, die 1620 zur Übersiedlung der Pilgerväter nach Amerika führte, als auch die Restauration der Krongewalt 1660, nicht weniger aber auch die Wiedererrichtung der Parlamentsherrschaft 1688, verstärkten die Trennung zwischen den Kolonien und dem Mutterland.

## Die "amerikanischen Freiheiten"

Für die Entstehung und die Betonung der "amerikanischen Freiheiten" ist dieser Trennungsprozess eine der wesentlichen Ursachen. Er selbst lässt sich zunächst in verschiedenen Punkten fassen:

- Die räumliche Distanz zum Mutterland hatte Schwierigkeiten in der Durchsetzung von Rechtsvorschriften zur Folge, die im Bewusstsein der Kolonisten die Stellung der Zentralgewalt schwächten. Ein Beispiel dafür ist der Warenschmuggel, der die strengen Handelsgesetze umging.
- Die calvinistisch-puritanische Tradition der Pilgerväter, die vor dem Druck der anglikanischen Staatskirche ausgewichen waren, führte zunächst zur Freiheit für Religionsgemeinschaften, wenn auch teilweise diese Freiheit auf die Puritaner beschränkt war.
- Das Prinzip der Selbstverwaltung war am ungebrochensten in Rhode Island und Connecticut verwirklicht, aber auch in den anderen Kolonien mit dem Ende der Glorious Revolution 1688 gegen den königlichen Absolutismus erfolgreich wiederhergestellt.

---

<sup>89</sup> z.B. [http://avalon.law.yale.edu/18th\\_century/declare.asp](http://avalon.law.yale.edu/18th_century/declare.asp)

<sup>90</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/George\\_Mason](http://de.wikipedia.org/wiki/George_Mason) (dt., kurz), [http://en.wikipedia.org/wiki/George\\_Mason](http://en.wikipedia.org/wiki/George_Mason)

- Unter dem Eindruck der beiden letztgenannten Faktoren werden die Gedanken der Aufklärung in den Kolonien viel realistischer und pragmatischer aufgenommen als in der Alten Welt.

Die folgenden Faktoren beschreiben sowohl das Trennende zwischen Kolonien und Mutterland als auch das, was in der Folgezeit über die 1776 verkündeten Grundrechte hinaus als "amerikanische Freiheiten" das Bewusstsein der Nation prägte.

- Fehlen der Standesschranken; auch wenn man in der sozialen Schichtung der Kolonien von "Aristokratie" spricht, handelt es sich doch immer nur um eine Leistungs-, nicht um eine Geburtselite. Dazu kommt, dass von den Siedlern nur ein kleiner Teil aus dem englischen Mutterland stammte und von dort seine Standesbindungen und -traditionen mitbrachte. Der größere Teil wanderte aus Deutschland, Skandinavien, Irland (Ulster), Schottland und Frankreich (Hugenotten) aus. Sofern sie, wie Iren und Schotten, aus dem britischen Machtbereich kamen, hatten sie wirtschaftliche und politische Not zur Auswanderung getrieben. Sie brachten den Gegensatz zur britischen Krone mit.
- Hohe soziale Mobilität, die sich darin äußerte, dass *servants*, die ihre Überfahrt abdienten, zu hohen Stellungen aufsteigen konnten.
- Der sozialen Mobilität entspricht eine höhere soziale Homogenität, durch das Fehlen von Standesschranken bedingt, und auch eine größere materielle Freiheit; diese besonders unter dem Einfluss von Calvinisten und Hugenotten.
- Das Bewusstsein, in der "Neuen Welt" zu siedeln und das *frontier*-Erlebnis trugen zum Entstehen eines gemeinsamen "amerikanischen" Bewusstseins bei. Dazu kam auch die Tradition der Debatten in den gesetzgebenden Versammlungen, die das politische Bewusstsein förderten. Dennoch entstand nur langsam das Bewusstsein, eine eigene staatliche Form der Kolonien anzustreben; ein schon 1754 von Benjamin Franklin vorgelegter Unionsplan wurde damals nicht weiter verfolgt.
- Schließlich gehört hierher noch der Wohlstand der Kolonien, der mit der Wirtschaftsleistung erworben wurde.

Diese Punkte machen deutlich, dass es in Amerika nicht darum gehen konnte, ein ungerechtes Gesellschaftssystem und mit ihm dessen Exponenten in Adel und König zu beseitigen, sondern allein darum, die politische Verantwortung auf sich zu nehmen; aus dem "*No taxation without representation*" wurde der Anspruch, die eigenen Belange selbst und unbeeinflusst zu regeln.

In der Aufnahme aufklärerischer Grundideen bleibt jedoch zu berücksichtigen, dass von den Prinzipien der Freiheit und der Gleichheit mehr die individuelle Freiheit, seine eigenen Fähigkeiten zur Verwirklichung des eigenen Glücks und Besitzstrebens einzusetzen, verwirklicht wurde.

Dem gegenüber trat die egalitäre Idee der Gleichheit mit ihrem sozialrevolutionären Grundton eher zurück.

Die "amerikanischen Freiheiten" selbst wurden 1941 von Präsident Roosevelt angesichts des Krieges in Europa und im Pazifik formuliert als Redefreiheit, als Freiheit zur Ausübung der Religion, Freiheit von aller Not und schließlich Freiheit von aller Angst.

## Der Unabhängigkeitskrieg

### Erste Kampfhandlungen

Der Krieg um die Unabhängigkeit der Kolonien begann im April 1775, als zunächst mit den Gefechten von Lexington und Concord, die britischen Maßnahmen zur Durchsetzung der Tea-Act abgewehrt werden sollten. König George III. reagierte auf den zweiten Kontinentalkongress mit der Anweisung, den Aufstand niederzuwerfen. Im Verlauf dieser militärischen Auseinandersetzung, für die der zweite Kontinentalkongress die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen hatte, kam es zu den bereits erwähnten neuen Verfassungen in neun, später zwei weiteren Kolonien und vor allem zunächst zum Bürgerkrieg zwischen Loyalisten (*Tories*) und Radikalen (*Whigs*), in die die britischen Truppen eingriffen.

Der Unabhängigkeitskrieg war also zunächst auch ein Bürgerkrieg. Etwa 50000 Loyalisten traten auf die britische Seite über. Dort kämpften auch fremde Söldnerkontingente. Unter anderem nutzten deutsche Fürsten, z. B. der Landgraf von Hessen-Kassel, die Gelegenheit, zur Aufbesserung ihrer Finanzen Truppen an den englischen König zu vermieten. Gleichfalls auf britischer Seite kämpften Indianerstämme gegen die Siedler, die sie in ihrer Existenz bedrohten. Auf der Seite der Kolonien traten Spanien und Frankreich in den Krieg ein, Letzteres, um die Niederlage im Siebenjährigen Krieg auszugleichen. Sie schickten zunächst vor allem modernes Kriegsmaterial und militärische Führer, wie Friedrich Wilhelm von Steuben, den Marquis de Lafayette (1789 Organisator der Nationalgarde in Frankreich) und den Polen Thadeusz Kosciuszko (1795 Führer des polnischen Aufstandes).

Während des Krieges hatten die Amerikaner zunächst den Vorteil, sowohl auf eigenem Boden zu kämpfen als auch ihren Begriff von Freiheit zu verteidigen. Ihr Führer, General George Washington, war zwar nicht unbedingt ein militärisches Genie, wirkte aber vor allem durch seine Siegeszuversicht und militärische und politische Entschlossenheit positiv auf die Truppen ein. Nachteilig wirkte sich aus, dass die Milizen nicht so gut ausgebildet wie die englischen Truppen und auch in der Ausrüstung nicht gleichwertig waren. Weiter beherrschte die britische Flotte die Seeverbindungen und konnte Truppen schnell von einem Ort zum andern verschieben. Nachteile lagen hier in den weiten Nachschublinien, d.h. in der Entfernung zum Mutterland. Obwohl die britischen Truppen in offener Schlacht den amerikanischen fast stets überlegen waren, scheuten ihre militärischen Führer den Entscheidungskampf. Das wurde auch dadurch unterstützt, dass die Amerikaner sich in die Tiefe des Hinterlandes zurückziehen konnten.

### Die Unabhängigkeitserklärung

Die eigentliche Unabhängigkeitserklärung, von Thomas Jefferson entworfen und am 4. Juli 1776 verkündet, geht im Unterschied zu diesen ersten Kampfhandlungen auf den definitiven Beschluß der französischen und spanischen Regierung zur Intervention zurück.

Diese Erklärung, "*The Unanimous Declaration of the Thirteen United States of America*", führte, wie schon die "*Declaration of Rights and Grievances*" von 1766, die Beschwerdepunkte gegen König Georg III. auf, wobei sie allerdings die Beteiligung des britischen Parlamentes an diesen Punkten außer Acht ließ. Sie enthält als Kernsätze die politische Philosophie Thomas Jeffersons, die bereits Paines "*Common Sense*" zugrunde lag: dass alle Menschen gleich geschaffen sind, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück (*Life, Liberty and the Pursuit of Happiness*) gehören; dass zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingerichtet werden, die ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten (*deriving their just Powers from the Consent of the Governed*); dass es das Recht des Volkes ist, die Regierungsform zu ändern oder abzuschaffen (*to alter or to abolish it*) und eine neue Regierung einzusetzen, die Sicherheit und Glück des Volkes gewährleistet (*in such form, as to them shall seem most likely to effect their Safety and Happiness*).

Aus diesen Gründen appellieren die im Kongress versammelten Repräsentanten der Vereinigten Staaten (*the Representatives of the United States of America, in General Congress, Assembled*) an den Höchsten Weltenrichter wegen der Richtigkeit ihrer Absichten. Sie erklären im Namen und mit der Vollmacht des Volkes dieser Kolonien (*in the Name, and by the Authority of the good People of these Colonies*), dass diese Kolonien mit Recht freie und unabhängige Staaten sein sollten (*are, and of Right ought to be free and independant states*), losgelöst von jeder Bindung an die britische Krone, und dass sie als freie und unabhängige Staaten die volle Macht haben, Krieg zu führen, Frieden zu schließen, Verträge einzugehen, Handel zu führen und alle anderen Dinge zu tun, die unabhängige Staaten von rechts wegen tun dürfen.

## **Die Organisation der Konföderation**

Gemeinsames Organ war in der ersten Zeit lediglich der aus dem zweiten Kontinentalkongress hervorgegangene Kongress in Philadelphia. Vor der Proklamation der Unabhängigkeit konnte er den Einzelregierungen lediglich Ratschläge geben, die tatsächlich bestehende Souveränität lag bei diesen. Auch mit der Unabhängigkeitserklärung wuchsen dem Kongress noch keine wesentlichen Rechte zu. Mit dieser Erklärung war vorerst nur ein Staatenbündnis, die "Vereinigten Staaten", geschaffen, das gewisse gemeinsame Ziele nach außen verfolgte. Dieser Konstruktion liegt auch der Gedanke zu Grunde, daß, wie schon im "*Common Sense*" formuliert, eine Regierung nur ein notwendiges Übel sei. Der Kongress zeichnete vor allem

für die Kriegführung verantwortlich und schickte Gesandte nach Europa, um für die amerikanische Sache zu werben.

Die Vertreter der amerikanischen Staaten waren zunächst nicht bereit, die dem Mutterland abgetrotzte Souveränität gleich an eine eigene Zentralregierung abzutreten. Der Staatenbund bestand daher zunächst aus souveränen Einzelstaaten (Art. 2 der Konföderationsverfassung), die untereinander einen festen Freundschaftsbund ("*Firm League of Friendship*", Art. 3) bildeten. Die Vollmachten, die nach der Verfassung der Kongress hatte, waren durch eine unzureichende Finanzierung seiner Aufgaben sehr relativiert. Was fehlte, waren Steuern, über deren Verwendung der Kongress entscheiden konnte – zur Finanzierung seiner Aufgaben musste er die Einzelstaaten um Zuwendungen bitten. Gleichfalls nicht vorhanden war auch eine übergeordnete Bundesjustiz zur Durchsetzung der gefassten Beschlüsse.

## **Der Verlauf des Krieges**

Der Krieg selbst zog sich zunächst unter schlechten Vorzeichen für die Vereinigten Staaten hin und brachte 1777 und 1780 schwere Krisen für sie und den Kongress (der zweimal vor den britischen Truppen fliehen musste). Es ist vor allem dem persönlichen Geschick George Washingtons als Oberbefehlshaber der Armee zuzuschreiben, dass die militärischen Niederlagen nicht zum politischen Zusammenbruch führten. 1778 errangen die Staaten bei Saratoga einen Sieg über die britischen Truppen; da zur selben Zeit mit Frankreich ein formeller Bündnisvertrag abgeschlossen wurde, waren sie nicht mehr auf einen Kompromiss zwischen ihnen und der britischen Regierung angewiesen. Spanien trat im folgenden Jahr auf Drängen Frankreichs in den Krieg gegen England ein.

Die französischen Expeditionskorps unter Rochambeau und de Grasse hatten wesentlichen Anteil an der Kapitulation der Engländer in Yorktown unter Lord Cornwallis (1781). Erst im folgenden Jahr kam es zu Friedensgesprächen, in denen die Staaten aber keine Rücksicht auf das verbündete Frankreich nahmen. Anfang 1783 einigten sich die in den Krieg verwickelten Parteien in Paris auf einen Friedensschluss, der drei Monate später vom Kongress ratifiziert wurde: Großbritannien erkannte die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten an, behielt sich aber Kanada vor und trat Florida an Spanien ab (um Gibraltar behalten zu können). Für Frankreich brachte dieses außenpolitische Abenteuer nur eine Verschärfung des latenten Haushaltsdefizits. Etwa 100000 königstreue Amerikaner verließen während des Krieges und nach dem Friedensschluss Amerika und fanden in Westindien, Kanada oder England Zuflucht.

## Neuordnung von Gesellschaft und Staat

In den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach Beendigung des Krieges offenbarten sich die Mängel der Konföderationsverfassung, so dass die Bildung einer neuen, handlungsfähigen Zentralgewalt unumgänglich wurde. Im Gegensatz zum Partikularismus der Einzelstaaten trat in dieser Bewegung eine deutliche nationale Komponente hervor, die die Gemeinsamkeiten der nordamerikanischen Staaten betonte. Motoren dieser Bewegung wurden General George Washington und der New Yorker Anwalt Alexander Hamilton. Eine Konferenz von fünf Staaten in Annapolis folgte Hamiltons Ideen und bewirkte somit, dass der Kongress einen allgemeinen Konvent nach Philadelphia berief. Dieser trat 1787 mit 55 Delegierten aus allen Konföderationsstaaten zusammen.

Als Ergebnis der viermonatigen Verhandlungen wurde die Konföderationsakte nicht nur überarbeitet, sondern durch eine neue Bundesverfassung ersetzt. Wichtigster Punkt dieser neuen Verfassung war die Errichtung einer starken Bundesgewalt. Das Verhältnis von Einzelstaaten und Zentralgewalt ist auch heute noch ein konfliktträchtiges Problem des föderalistischen Systems.

## Die Verfassung von 1787

Die am 17. September 1787 beschlossene Verfassung der Vereinigten Staaten wurde anschließend nicht dem Kongress in New York, sondern den Einzelstaaten zur Annahme vorgelegt. Diese beriefen verfassungsgebende Versammlungen ein, die bis Juni 1788 mit der erforderlichen Mehrheit von 9 Staaten (die die übrigen binden sollte) die Verfassung annahmen. Im Mai 1790 schließlich hatten alle Staaten die Verfassung ratifiziert.

In der politischen Argumentation um diese Verfassung erschien von Oktober 1787 bis August 1788 in verschiedenen New Yorker Zeitungen eine Reihe von 85 Essays über den Verfassungsentwurf des Konvents von Philadelphia, *The Federalist* genannt. Autoren waren drei Führer der politischen Bewegung in den ehemaligen Kolonien, Alexander Hamilton (1755–1804) aus New York, später Finanzminister (–1795) und Generalinspekteur der Armee (–1800); dann John Jay (1745–1829), ebenfalls aus New York, später Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes und Gouverneur von New York; schließlich James Madison (1751–1836) aus Virginia, Mitarbeiter an der *Declaration of Rights* dieses Staates, später selbst Präsident der Vereinigten Staaten. In der Persönlichkeit dieser drei Autoren, von denen Hamilton die meisten Artikel verfaßte, und in der Grundsätzlichkeit und der weiteren Wirkung der im *Federalist* niedergelegten Gedanken liegt die Bedeutung dieser Aufsätze, die einem Grundgesetz des amerikanischen Verfassungsverständnisses gleichkommen.

Die Verfassung selbst enthielt nur wenige Artikel, die den neuen Staat nach den Prinzipien von Volkssouveränität und Gewaltenteilung organisierten und wurde schon 1789, dem Jahr des Amtsantritts des neuen Präsidenten George Washington, durch zehn Verfassungszusätze (*amendments*), darunter einer Ausformulierung der Grundrechte, ergänzt. Diese Amendments bilden, in ihrer chronologischen Reihenfolge, zusammen mit den 7 Artikeln der Verfassung von 1787 die heute gültige Verfassung der USA. Ein solcher Zusatz wird vom Kongress verabschiedet und muss zu seiner Rechtskraft von allen Legislaturen der Einzelstaaten ratifiziert sein. Bis heute sind 26 Amendments ratifiziert, ein 27., 1789 (!) vom Kongress beschlossen, hat bis April 1988 das Ratifizierungsverfahren erst in 21 Staaten durchlaufen. Beim 26. Amendment dauerte dieses Verfahren allerdings nur 3 Monate.

Die Volkssouveränität äußert sich in der ausschließlichen Übertragung der Gesetzgebung auf den Kongress mit seinen zwei Kammern, dem Repräsentantenhaus und dem Senat. Den Ausgleich zwischen den zentralistischen und den partikularistischen Interessen schafft das für beide Kammern unterschiedliche Wahlsystem: Das Repräsentantenhaus wird entsprechend der Bevölkerungszahl besetzt, so dass größere Staaten entsprechend mehr Abgeordnete entsenden, während sich der Senat aus je zwei Senatoren pro Bundesstaat, unabhängig von Größe und Bevölkerungszahl, zusammensetzt.

Dem Prinzip der Volkssouveränität folgt auch die Wahl des Präsidenten durch das Volk, wenn auch indirekt und über Wahlmänner (*electors*).

Der Präsident selbst hat weitreichende Machtbefugnisse, die ihm fast die Stellung eines Monarchen verleihen: Er ist Staatsoberhaupt, führt die Regierung, hat den militärischen Oberbefehl inne, hat das Recht zur Gesetzesinitiative und das des suspensiven Vetos gegen Kongressbeschlüsse. Er schließt Verträge mit anderen Staaten und besetzt die wichtigsten Stellen und diplomatischen Posten, das allerdings mit Zustimmung des Senats.

Diese starke Stellung wird eingeschränkt durch die vierjährige Amtszeit. Als George Washington, der erste Präsident, 1796 auf eine dritte Amtsperiode verzichtete, machte dieses Beispiel Schule; nur F. D. Roosevelt ließ sich 1940, um die Politik des New Deal fortzuführen und im Angesicht des Zweiten Weltkrieges, ein drittes, und 1944, auf dem Höhepunkt des Krieges, ein viertes Mal wählen. Ein 1951 in Kraft getretener Zusatz zur Verfassung (22. Amendment) legte dann die Amtszeit auf höchstens zwei Wahlperioden fest.

Bereits 1789 wurden mit dem Amtsantritt George Washingtons die wichtigsten Regierungsämter geschaffen; die Minister sind jedoch für ihre Amtsführung nur dem Präsidenten, nicht dem Kongreß verantwortlich, lediglich ihre Berufung bedarf der Zustimmung des Senats.

Die Gesetzgebende Gewalt liegt beim Kongress, der mit Zweidrittelmehrheit beider Häuser ein Veto des Präsidenten aufheben kann. Die Steuerhoheit liegt allein beim Repräsentantenhaus, der Senat wirkt in der Außenpolitik mit, indem er mit Zweidrittelmehrheit Verträge mit dem Ausland ratifizieren muss (die Zustimmung wurde z. B. zum Völkerbundsvertrag 1920 verweigert). Er kann auch einen durch das Repräsentantenhaus angeklagten Präsidenten seines Amtes entheben (*impeachment*).

Die Wahl zum Repräsentantenhaus findet alle zwei Jahre statt, die Amtszeit der Senatoren beträgt sechs Jahre (was eine hohe Kontinuität in der Außenpolitik bewirkt), wobei alle zwei Jahre jeweils ein Drittel der Senatoren neu gewählt wird.

Einer der wichtigsten Verfassungsartikel, der in fast revolutionärer Weise das mit der Unabhängigkeit 1776 geschaffene System des Staatenbundes veränderte, war der des Vorrangs der Bundesgesetze vor den Gesetzen der Einzelstaaten. Damit war der Einheit des Staates der Vorrang über die Interessen der Einzelstaaten zugesprochen. Überhaupt bildete in der Geschichte der Amerikanischen Revolution die Verfassung von 1787 einen tieferen Einschnitt in das politische System der Vereinigten Staaten als die Loslösung vom britischen Mutterland 1776. Diese schnitt ja im Grunde nur die politischen Verbindungen zu Großbritannien ab, schuf aber noch keinen eigentlich neuen Staat.

Die Verfassung der Vereinigten Staaten ist dem Montesquieu'schen Prinzip der Gewaltenteilung verpflichtet und zählt in ihren ersten drei Artikeln die Befugnisse und Modalitäten der gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Gewalt auf. In der politischen Wirklichkeit folgt sie allerdings weniger dem Prinzip der absoluten Trennung der Gewalten und der Unabhängigkeit voneinander als dem ihrer Aufteilung und gegenseitigen Verschränkung (*checks and balances* – Kontrolle und Gleichgewicht). In der Argumentation des *Federalist* hieß das, die Gewaltentrennung gehe "nur so weit, jedem Zweig der Regierung in seiner Gesamtheit die Ausübung der Befugnisse eines anderen Zweiges zu untersagen."

Einer der wichtigsten Punkte hierbei ist, dass der Präsident nicht mit einer sicheren, ihn tragenden Mehrheit im Kongress regiert, sondern (durch die unterschiedlichen Wahlperioden) sich durchweg mit sich ändernden Mehrheiten arrangieren muss. Dieser Zwang zum Kompromiss wird dadurch verstärkt, dass weder der Präsident eines der beiden Häuser des Kongresses auflösen noch der Kongreß ihn durch ein Misstrauensvotum absetzen kann.

Nach Aussage des *Federalist* ist diese Gewaltentrennung nicht nur notwendig, um die Gewalt der Exekutive einzuschränken, sondern auch, um Übergriffe der Legislative zu verhindern: "Überall strebt die Legislative danach, ihren Wirkungskreis auszudehnen und alle Macht im ganzen Umkreis mit stürmischer Gewalt nach sich zu ziehen." Die gesamte Macht in den Händen der Legislative sei also eine ebensolche Tyrannei wie die uneingeschränkte Macht der Exekutive. Die Französische Revolution sollte

vier Jahre später diese Befürchtung bestätigen. Die Aufteilung aber der Gewalten, so der *Federalist*, sowohl horizontal auf Präsident, beide Kammern des Kongresses und die Gerichtsbarkeit, als auch vertikal auf Zentralgewalt und Bundesstaaten sicherten die Rechte der Bürger am besten.

## Die Amerikanische Revolution als „Revolution“

Im Bereich der Sozial- und der Politischen Wissenschaften ist der Begriff „Revolution“ definiert als eine umfassende, schnelle, und in aller Regel gewalttätige Umwälzung der Regierungs- und damit auch der Gesellschaftsform, verbunden mit der grundsätzlichen Abkehr von vorangehenden politischen Mustern und der Verwirklichung einer neuen, von der vorangehenden radikal unterschiedenen Ordnung.

Von all diesen Punkten kann eigentlich nur das Element der Gewalttätigkeit in der amerikanischen Revolution nachgewiesen werden. Weder die Regierungs- noch die Gesellschaftsform erfuhren eine umfassende Umwälzung, und auch die neu errichtete Ordnung weist mehr Kontinuitäten zu den vorherigen Zuständen auf als Brüche.

Es bleibt allein das gewaltsame Element des Unabhängigkeitskrieges, das indessen seinerseits durch eine starke Bürgerkriegskomponente (Loyalisten gegen Separatisten) relativiert werden muss.

Im Prozess der Entstehung der USA kann die Unabhängigkeitserklärung der 13 Kolonien mit dem nachfolgenden Unabhängigkeitskrieg zwar mit dem Kampf um die Befreiung von kolonialer Unterdrückung verglichen werden. Dieser Vergleich hält aber letztlich nur stand, sofern man die Loslösung vom britischen Mutterland als Maßstab heranzieht.

Es war keine eigentlich ursprünglich ansässige („eingeborene“) Bevölkerung, die um ihre Befreiung vom Joch kolonialer Ausbeutung und politischer Fremdbestimmung und um ihre politische Emanzipation kämpfte. Selbst wenn man die zu großen Teilen britisch-stämmigen Kolonisten bereits als Nation begreift, lebten sie doch voll und ganz in britischen Traditionen, sahen sogar ihre Art, britische (Rechts-)Traditionen zu leben, teilweise als „echter“ und unverfälschter an als sie es dem britischen Mutterland zubilligten. Insofern vertraten die Kolonisten sogar ein eher konservatives Element. Innerhalb der Kolonien hatten sie bereits einen hohen Grad an politischer Autonomie erreicht, der sich in der Rolle der kolonialen Repräsentativorgane zeigte.

Die politische Autonomie führte auch dazu, dass keine britische „Herrschicht“, weder in der Gesellschaft noch in der Verwaltung, in den Kolonien ansässig war, deren Repressionen gewaltsam hätten beendet werden müssen.

Da die Kolonisten bereits einen hohen Grad an Selbstversorgung erreicht hatten, in wirtschaftlicher Autonomie frei waren von Vorgaben britischer Kolonialherren, und auch in hohem Maße für den britischen Markt

produzierten, kann auch das Argument einer kolonialen Ausbeutung vernachlässigt werden.

Zieht man andere „koloniale Befreiungsrevolutionen“ (Mexiko, afrikanische Staaten) zum Vergleich heran, wird man feststellen müssen, dass mit diesen immer auch eine soziale Umverteilung zu Gunsten der einheimischen Bevölkerung (Land, Produktionsstätten etc.) verbunden war. Das war in den Kolonien Neu-Englands nicht der Fall. Hier befand sich der maßgebliche Großgrundbesitz bereits in den Händen der alteingesessenen Kolonisten, die sich ihrerseits an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegung stellten.

„Koloniale Ausbeutung“ ließe sich allenfalls in der einschränkenden Wirkung der Navigationsakte erkennen. Sie sind indessen - pragmatisch betrachtet - legale und legitime Instrumente des britischen Staates zur Regulierung (und Monopolisierung) des innerbritischen Handels und zur Ausschaltung ausländischer Konkurrenz. Dennoch wurden gerade sie in ihrer jahrzehntelangen einschränkenden Wirkung auf das Wirtschaftsstreben von den Kolonisten zunehmend als Eingriff in ihre subjektiv erlebte Autonomie gesehen.

Verfassungsrechtlich hatte die Unabhängigkeitserklärung im Grunde nur die Loslösung von der britischen Krone zum Inhalt. Die Kolonien behielten zum Teil ihre althergebrachten Verfassungen. Grundlegend neu war indessen 1776 die schriftliche Festlegung der Menschenrechte und des Prinzips der Volkssouveränität wie auch die Bindung der Regierungen der 13 nunmehr souveränen Staaten an diesen neuen Standard. Das ist das erste revolutionäre Element in dieser Zeit der Unabhängigkeitsbewegung.

Das zweite revolutionäre Element ist die Einführung der Verfassung von 1787, sowohl, was die politische Verfassung der 13 Einzelstaaten selbst, als auch, was die Schaffung eines neuen Staates angeht.

Ein neuer Staat entstand in der klassischen Mächte-Theorie des 17. und 18. Jahrhunderts durch Abtrennung eines Gebietes unter einem eigenen Fürstenhaus. Lediglich die Schweiz und die Niederlande verdanken ihre Souveränität dem langen Kampf ihrer Bevölkerung gegen die Machtinteressen ihrer alten „Besitzer“. Gegenüber diesen Befreiungsbewegungen, die schließlich fast zwei Jahrhunderte in Anspruch nahmen, verläuft die Unabhängigkeit der amerikanischen Kolonien samt der Konstitution eines neuen, die alten Einzelstaaten übergreifenden Bundesstaates innerhalb der revolutionär schnellen Zeit von 13 Jahren.

Wenn oben von einer „kolonialen Befreiungsrevolution“ die Rede war, ist hier auch der Ort, die Frage eines „nationalen Befreiungskampfes“ zu erörtern - also das Problem eines „grundlegenden“ Gegensatzes zwischen den Kolonien und dem britischen Mutterland. Die Bindung der Siedler an das britische Mutterland war durch die Bedingungen, unter denen die Mehrheit in die Kolonien ging, ohnehin sehr locker. Die räumliche Trennung der Kolonien vom Mutterland spiegelt insofern den Riss wider, der die

britische Gesellschaft selbst seit dem Konflikt der Puritaner mit der Krone und der anglikanischen Kirche durchzog. Da die Siedler in ihrer Mehrheit die Abwanderung in die Kolonien als soziale, religiöse oder politische Befreiung verstanden, festigte sich eher das Gefühl, etwas Neues begonnen zu haben, als das Bedürfnis, am Britischen als solchem festhalten zu wollen. Insofern kann ohne weiteres den Kolonisten bereits des 17. Jahrhunderts der Status einer Nation im Stadium ihrer Entstehung zugesprochen werden. Das gilt noch mehr für die selbstbewussten und auf ihre Eigenständigkeit und ihre Errungenschaften stolzen Kolonisten des 18. Jahrhunderts, Nachfahren der freien Siedler (freeholders) der Frühzeit und reiche Handelsherren der Ostküste. Dann aber haben in der Tat alle Bestrebungen der britischen Krone, ihre Macht in den Kolonien zu intensivieren und ihre Effizienz zu steigern, den Geruch der kolonialen Fremdherrschaft an sich.

## **Die Amerikanische Revolution in der historischen Bewertung**

Für den schnellen und nachhaltigen Durchbruch der revolutionären Ideen des Jahres 1776 und den trotz aller Niederlagen errungenen Sieg über die britischen Truppen sind vor allem drei Gründe zu nennen:

- Die Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776, mehr vielleicht noch die in den gleichzeitigen Verfassungen niedergelegten Menschenrechte und die garantierten Freiheitsrechte entsprachen dem Lebensgefühl der Einwohner der ehemaligen Kolonien; der Krieg war also "ihr" Krieg, geführt zur Verteidigung ihrer Ideale.
- Dass der Unabhängigkeitskrieg trotz aller militärischen und auch politischen Schwierigkeiten zu einem für die Staaten erfolgreichen Ende geführt werden konnte, ist zum großen Teil auf die Persönlichkeit George Washingtons als Oberbefehlshaber zurückzuführen, aber auch auf die Persönlichkeit der anderen politischen Führer.
- Nicht geringzuschätzen ist die militärische Hilfe, die die Vereinigten Staaten seit 1788 von Frankreich, dann auch von Spanien bekamen.

Schon die Zeitgenossen machten sich Gedanken über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Französischen und der Amerikanischen Revolution. Wenn auch die Unterschiede zwischen beiden Erscheinungen sehr groß sind, kann man doch als grundsätzliche Gemeinsamkeit festhalten, dass beide vom welthistorischen Gesichtspunkt aus in der Tat revolutionären Charakter zeigen. Das gilt besonders für den Bruch mit den Grundsätzen der vorangegangenen Epoche, die in beiden Fällen von den Zeitgenossen als eine überwundene Epoche angesehen wurde, als eine Epoche, deren Züge nicht mehr mit den jeweiligen Vorstellungen von Fortschritt zu vereinen waren. Beide Revolutionen

nahmen für sich in Anspruch, der Menschheit einen Fortschritt zu bringen, beide Revolutionen standen unter dem Begriff der Freiheit. Freilich, wie schon die vorangegangene Darstellung gezeigt hat, stand die Französische Revolution mehr unter dem Zeichen der Neubegründung der Freiheit, während die Freiheit in Amerika bereits auf eine lange Tradition zurückblicken konnte und jetzt bedroht erschien.

Der wesentliche Unterschied – von den gänzlich anders gelagerten Voraussetzungen im absolutistisch-feudalen Frankreich abgesehen – liegt darin, dass die Amerikaner mit der Erklärung ihrer Unabhängigkeit 1776 nur die politische Abhängigkeit vom britischen Mutterland beendet haben. Ein darüber hinaus gehender Bruch mit vorrevolutionären Zuständen war schon aus dem Grund nicht nötig, weil das Gefühl der akuten Bedrohung und wohl auch die Bedrohung selbst fehlte. Ein Eingriff gar in die Sozialstruktur, in das gesellschaftliche Gefüge, ja die gesellschaftspolitische Komponente in ihrer Gesamtheit fehlt der Amerikanischen Revolution. Hier waren schon lange vor 1776 egalisierende Kräfte am Werk (Einwanderung, *frontier*-Erlebnis etc.), die im 19. Jahrhundert dann den "Schmelztiegel Amerika" ausmachten. Am deutlichsten wird diese Kontinuität über das Jahr 1776 hinaus in Rhode Island, wo die alte restriktive Verfassung von 1663 noch bis 1842 galt.

Wenn in Frankreich auf die staatsrechtliche Revolution, die mit der Zustimmung des Königs zur Ausarbeitung einer Verfassung im Grunde abgeschlossen war, die radikale und schließlich republikanische und (gesellschaftlich) egalitäre Revolution folgte und in die innersten Bereiche des Volkes eingriff, so konnten sich die Kolonisten Neu-Englands mit der staatsrechtlichen Revolution begnügen und die Rolle von König und Parlament in London durch eigene, selbstbestimmte Kräfte ersetzen. Die Amerikanische Revolution brauchte die soziale und egalitäre Komponente nicht, hier waren bereits die wesentlichen Bedingungen verwirklicht, die in Frankreich erst gegen Adel und König, zum Teil auch gegen das Großbürgertum, erkämpft werden mussten. Dazu trug auch bei, dass Nordamerika nicht unter den Folgen einer Wirtschaftskrise litt, die in Frankreich besonders die Pariser Massen traf und sie radikalisierte.

Ein weiterer Unterschied, der sowohl die Wirkung in der Zukunft einbezieht als auch einen Rückschluss auf die politische Mentalität beider Völker zulässt, liegt in der weiteren Geschichte der revolutionären Errungenschaften. Die Französische Revolution radikalisierte sich und wurde von Napoleon "beendet". In der Zukunft wurden weitere Revolutionen nötig, um liberale Freiheiten durchzusetzen. Vor allem aber die Tatsache, dass Frankreich 200 Jahre nach der Revolution die zwölfte Verfassung hat, während die USA noch mit ihrer ersten (wenngleich fortgeschriebenen) Verfassung leben, lenkt den Blick auf mögliche Ursachen innerhalb der revolutionären Ereignisse selbst. Besonders der Unterschied zwischen der "einen, unteilbaren Nation" als dem Träger der Souveränität in Frankreich und der ausbalancierten Aufteilung der Staatsgewalt in den USA könnte hier durchaus Weichen gestellt haben.

Der erste Ansatzpunkt für eine Einstufung der amerikanischen Revolution als welthistorisches Ereignis und damit für eine Einschätzung der Folgen für unsere Gegenwart liegt im Vorbildcharakter der Verfassung von 1787. Sie setzte in ihrem Bezug auf die Normen von Naturrecht und Aufklärung nicht nur für unsere heutigen Begriffe und Vorstellungen von Verfassung Maßstäbe, sondern erschien auch den Zeitgenossen schon als ein Hoffnungsträger, ein Ausweg aus dem feudal-absolutistischen System. Die amerikanische Verfassung von 1776/87 war für Frankreich, dessen Verfassung dann von 1791 für ganz Europa das unmittelbare Vorbild. Die drei dort verwirklichten Prinzipien gelten heute noch als Muster der Verfassungsentwicklung: übergeordneter Rang der Menschen- und Bürgerrechte, alleinige Gesetzgebungsbefugnis des gewählten Parlaments (Nationalversammlung/Kongress) und Gewaltenteilung. Besonders die Virginia Bill of Rights setzte im Bereich der Menschenrechte Maßstäbe. Sie wirkt fort im Menschenrechtskatalog vieler heutiger Verfassungen und in der Charta der Vereinten Nationen. Der oben erwähnte Charakter der Amerikanischen Revolution und der in ihrem Gefolge verabschiedeten Verfassung begründet unmittelbar die Attraktivität der USA als "Hoffnungsträger" für den Einwandererstrom des 19. (und 20.) Jahrhunderts.

In der Außenpolitik zeigt die Französische Revolution für den europäischen Raum zunächst die handfesteren Auswirkungen: die Revolutionskriege sind mehr als nur eine historische Episode, sie krempeln in ihren Konsequenzen die politische Landschaft Europas völlig um. Napoleon als "Vollstrecker" dieser bereits 1793 begonnenen Neuordnung bewirkte vor allem die längst überfällige Umgestaltung Deutschlands, die auch nach seinem Sturz 1815 nicht wieder rückgängig gemacht wurde. Auch für Italien setzte er mit der Errichtung des Königreiches erste Maßstäbe für die nationale Einigung des Landes.

Die USA treten mit der Amerikanischen Revolution zwar noch nicht als Weltmacht auf die politische Bühne, der Ansatzpunkt dazu ist aber mit der staatlichen Einheit der 13 Kolonien gelegt. Die Kolonisation des Westens und damit die Ausbreitung bis zur Pazifikküste sind als "Erbe" aus den königlichen Privilegierungen des 17. Jahrhunderts im politischen Anspruch vorhanden und vorgezeichnet. Die Erschließung des Kontinents ist im Zusammenwirken sowohl mit den Voraussetzungen industrieller Entwicklung als auch mit deren Möglichkeiten (Rohstoffe, Einwanderung etc.) maßgeblicher Ansatzpunkt für die Entwicklung der USA zunächst zur wirtschaftlichen, dann (fast zwangsläufig) zur politischen Weltmacht.

Im gesellschaftlichen und im ideologischen Bereich ist es mehr die Französische Revolution, die Vorbilder setzte, weil das Zusammenspiel von feudaler Ordnung und absolutistischem Regierungssystem fast ganz Europa kennzeichnete. Diesen Bruch zu vollziehen, ist die revolutionäre Leistung des Jahres 1789. Er besteht zum einen in der Zustimmung des Königs zur Ausarbeitung einer Verfassung und zum anderen in den Beschlüssen des 4. bis 11. August. Danach gibt es in Frankreich keine

Privilegien und keine Geburtsrechte mehr, es gibt nur noch französische Bürger, die unter einem gemeinsamen Recht stehen. Die amerikanischen Kolonisten lebten schon seit der Glorious Revolution 1688 unter freieren Bedingungen, behielten aber auch (besonders in den Südstaaten) zum Teil ihre halb-aristokratischen Strukturen bei. Wenn die Französische Revolution die Nation der Bürger an die Stelle des auf den Monarchen ausgerichteten Staates setzt und damit Vaterlandsbegeisterung und Nationalismus in die Politik einführt, kann damit durchaus die Entwicklung in Amerika verglichen werden, wo sich die Einzelstaaten binnen kurzer Zeit zu einer neuen amerikanischen Nation zusammenfinden. Das neue Nationalbewußtsein erweist sehr schnell seine Anziehungskraft auf die Einwanderer. Diese bleiben nicht Deutsche, Iren, Italiener in einer fremden Umgebung (wie z. B. die deutschen Auswanderer in Rußland), sondern werden schnell zu Amerikanern.

In diesen Zusammenhang gehört auch, dass der Kampf gegen Napoleon, der hier ja in der Kontinuität der Französischen Revolution gesehen werden muss, in Deutschland, aber auch in Spanien, in den Befreiungskriegen ein völlig neues Nationalgefühl entstehen lässt.

Der Kampf Napoleons gegen England bewirkt über die Kontinental Sperre unter anderem sowohl eine Neuorientierung des englischen Handels als auch einen neuen Impuls für die Industrialisierung in England. Das wirkte aber wieder auf die USA zurück, indem deren Markt mit billigen englischen Waren überschwemmt wurde, wogegen sich die USA nur mit Schutzzöllen wehren konnten (1816).

Weiterhin entwickelt die Französische Revolution aus den bestehenden sozialen Problemen heraus erste sozialistische Theorien (Saint-Simon etc.). Auch der Liberalismus als grundsätzliche Antwort auf den Absolutismus gehört hierher.

## **Die Erschließung des Westens**

Schon die den Kolonien von der britischen Krone gegebenen Freibriefe hatten eine Ausdehnung nach Westen, über das Appalachen-Gebirge in das Territorium der Indianer hinein, vorgesehen. Mit der Neuordnung der britischen Macht 1763 sollte diese Westbewegung angehalten werden, indem die Appalachen das Gebiet der Siedler von dem der Indianer, das militärischer Kontrolle unterstand, trennen sollten (Proclamation-Line). So wie allerdings diese Verordnung auf energischen Protest stieß und auch streckenweise einfach nicht beachtet und unterlaufen wurde –bis 1770 lebten jenseits dieser Linie bereits 10000 Siedlerfamilien –, nahm der Kongreß schon 1776 die alte Forderung nach Durchdringung und Erschließung des Kontinents und einer Einbeziehung in die staatliche Organisation der Vereinigten Staaten wieder auf.

Damit aber brach ein Gegensatz auf zwischen denjenigen Staaten, die an das offene Siedlungsgebiet im Westen angrenzten (New York,

Pennsylvania, Maryland, dann vor allem Virginia, North und South Carolina und Georgia) und den übrigen, die mit ihrer Westgrenze an andere Staaten stießen. Der Grund für diesen Gegensatz lag in den wirtschaftlichen Vorteilen, die die Staaten aus den zu erschließenden westlichen Territorien ziehen konnten. Die Forderung, der Bund sollte die Territorien übernehmen, ihre Besiedlung und schließlich die Aufnahme in die Union organisieren, wurde zumindest für den Norden akzeptiert.

Mit der 1787 erlassenen *Northwest-Ordinance (Ordinance of 1787)* setzte der Kongress der Konföderation noch vor Inkrafttreten der neuen Verfassung einen wesentlichen Markstein in der Erschließung des Westens. Sie setzte als Endziel die eigenstaatliche Organisation von drei bis fünf neuen Staaten im Gebiet des *Northwest Territory* und wandte sich damit endgültig von einer Kolonialisierung im herkömmlichen Stil ab. Der Kongress entsandte zunächst einen Gouverneur, einen Sekretär und fünf Richter; Je 5000 wahlberechtigte Männer sollten dann eine gesetzgebende Versammlung wählen und damit den Grundstein für den neuen Staat legen. Verfassungsentwicklung und Aufnahme in die Union als gleichberechtigte Partner waren damit Sache der Bewohner des neuen Territoriums selbst. Diese *Northwest Ordinance* gab damit ein Muster für die künftige staatliche Entwicklung weiterer Territorien.

Mit der *Northwest-Ordinance* war die 1763 markierte Grenze zum Indianerterritorium endgültig gefallen, ein Strom von Siedlern ergoss sich in die weite Mississippi-Ebene. Am Ende des 18. Jahrhunderts lebte bereits eine Million Weiße in diesem Gebiet. In der Auseinandersetzung sowohl mit den hier nomadisierenden Indianern als auch mit den östlich angrenzenden Staaten entstanden als neue Staaten der Union Vermont (1791), Kentucky (1792) und Tennessee (1796).

Dieser Raum westlich der Appalachen, westlich der durchorganisierten und hochentwickelten Gründerstaaten, wurde mehr und mehr zur offenen Grenze, zur "*frontier*", zu einem Raum, in dem die Pioniere der Besiedlung zur spezifisch amerikanischen Bewußtseinsbildung beitrugen. Wer hierher zog, sah entweder im Osten keine Aufstiegsmöglichkeiten mehr oder ließ sich von der Aussicht auf noch größere Freiheit oder auf Reichtum leiten. Daher nahm auch die *frontier* eine wichtige Stellung in der Bildung des amerikanischen Nationalbewusstseins und der amerikanischen Traditionen von Freiheit und Individualismus ein. Zu den Aussichten auf Reichtum trug bei, dass sich erzielte landwirtschaftliche Überschüsse ohne große Schwierigkeiten an nachrückende Siedler verkaufen ließen. Der Westen wurde ein Auffangbecken für soziale Unzufriedenheit, entlastete die Staaten der Ostküste von sozialen Auseinandersetzungen und ermöglichte in den 1770er Jahren die alleinige Ausrichtung des politischen Kampfes auf den Widerstand gegen England.

Durch den Ankauf des Louisiana-Territoriums von Frankreich 1803 (das es kurz vorher von Spanien abgetreten erhalten hatte) war das Gebiet der Union um einen erheblichen Teil vergrößert worden, ohne dass mit dieser

Erweiterung Grenz- oder Interessenkonflikte mit einem der europäischen Staaten verbunden gewesen wären. Das Gebiet der *frontier* konnte sich dementsprechend unter günstigeren Voraussetzungen nach Westen schieben. Eine der Grundlagen für die Erforschung und Erschließung dieses Raumes waren von der Regierung veranlasste Expeditionen, deren erste 1803–1806 die Pazifikküste erreichte.

In der Folgezeit war die Entwicklung der Vereinigten Staaten von der Erschließung des eigenen Kontinents geprägt, die ab 1845 unter dem Schlagwort der "*Manifest Destiny*", der "*offenkundigen Bestimmung*" der USA, das Land in Besitz zu nehmen, stand („*the fulfillment of our manifest destiny to overspread the continent allotted by Providence. . . .*“, John L. O'Sullivan, 1845). Der Westen konnte sowohl den Bevölkerungsüberschuss des Ostens aufnehmen als auch soziale Unzufriedenheit neutralisieren, er war riesiger Absatzmarkt und Produzent landwirtschaftlicher Überschüsse. Mit dem Leben in fast unbeschränkter (individueller und demokratischer) Freiheit einerseits, der ständigen Herausforderung zu pragmatischen Lösungen andererseits prägte er das politische Bewußtsein. Schließlich darf aber auch die Möglichkeit und die Bereitschaft zur individuellen Gewalt im "Wilden Westen" nicht als prägender Faktor im Werden der amerikanischen Nation vergessen werden.

Wesentliche Bedeutung für die Erschließung des Westens hatte in der Folgezeit der Bau von transkontinentalen Eisenbahnlinien, an deren Strecken sich die bedeutendsten Handelsniederlassungen und Städte bildeten (bes. Chicago). Bereits 1827 gab es die ersten Pläne, die Wirtschaftszentren des Ostens durch Eisenbahnlinien zu verknüpfen, die erste größere Strecke entstand mit der Verbindung Philadelphia-Harrisburg 1846–49. 1869 wurde dann mit der Schließung der letzten Lücke zwischen der von Westen und der von Osten vorgetriebenen Linien der Southern Pacific und der Union Pacific die erste durchgehende Bahnlinie zwischen West- und Ostküste in Betrieb genommen.

Die Besiedlung schritt zunächst entlang der großen Verkehrsachsen (Siedlerwege, Eisenbahnlinien) voran. Die Regierung unterstützte sie zum einen dadurch, dass sie den Eisenbahngesellschaften das Land links und rechts der Linien schenkte, damit diese durch dessen Verkauf an Siedler ihre Kosten deckten. Zum andern stand mit dem "Heimstättengesetz" (*Homestead-Act*) von 1862 jeder Familie ein Gebiet von fast 65 ha (160 acres) kostenlos zu, wenn es mindestens 5 Jahre lang bewirtschaftet würde.

## **Die Bedeutung der Einwanderung**

Die Bevölkerungszahl der britischen Kolonien in Amerika, später der Vereinigten Staaten, stieg schnell an. Lebten in den 1770er Jahren noch 2,25 Millionen Menschen hier, waren es 1800 bereits 5,3 Millionen und 1820, dem Einsetzen der Wanderungsstatistik, 9,6 Millionen. Der rapide Anstieg in dieser Zeit war vor allem auf die hohe Geburtenzahl, d. h. auf die

z. T. religiös bestimmte Familienstruktur zurückzuführen. Zwischen 1820 und 1960 kamen dann über 42 Millionen Menschen in die Vereinigten Staaten. Ohne diese gewaltige Einwanderungsbewegung wäre die Erschließung und Besiedlung des Westens nicht möglich gewesen.

Ursache für die Wanderungsbewegung war natürlich zum einen die Attraktivität Nordamerikas mit den fast unbegrenzt erscheinenden Möglichkeiten wirtschaftlichen Aufstiegs, besonders, als die Nachricht von den kalifornischen Goldfunden ab 1848 einen wahren Goldrausch auslöste. Zum anderen aber ist die wirtschaftliche und politische Situation in den Herkunftsländern ausschlaggebend: Hungersnöte in Irland, politische Unterdrückung nach der Revolution von 1848/49 in Deutschland, wirtschaftliche Not in Süd- und Osteuropa (besonders zwischen 1880 und 1920).

Mit dem Einsetzen dieser letzteren Einwanderungswelle veränderte sich auch das Siedlungsbild in den USA selbst. Hatten sich die Einwanderer in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch fast durchweg der Landwirtschaft im Mittelwesten und Westen zugewandt, so strömten gegen Ende des Jahrhunderts immer mehr Menschen in die Städte, vor allem in die des Nordens, wo sie das Reservoir an billigen Arbeitskräften für die Industrie vergrößerten. Dazu kommt, dass sich mit der zunehmenden Verstädterung die amerikanische Gesellschaft soweit konsolidiert hatte, dass die Einwanderer dieser dritten Periode vor größere Assimilierungsprobleme gestellt waren als die der zweiten, die noch wesentlich die Struktur der Gesellschaft mitprägten.

Die Einwanderungsbeschränkungen nach 1920 und die Einführung einer Quotenregelung nach Herkunftsländern leiteten die vierte und letzte Periode der Einwanderung ein.

## **Die industrielle Entwicklung**

### **Voraussetzungen**

Die Wirtschaftskraft der britischen Kolonien an der Ostküste Nordamerikas und die Divergenz mit den politischen Rechten im britischen Kolonialreich war ausschlaggebend für den politischen Umbruch in Unabhängigkeitserklärung und Unabhängigkeitskrieg. Die Wirtschaftsleistung ist durchweg im Rahmen der Wirtschaft des 18. Jahrhunderts zu sehen: Export der Landesprodukte, wie Tabak, Holz und Pelze, Produktion des eigenen Bedarfs an Konsumgütern, aber auch beträchtliche Leistungen im Schiffsbau und in der Eisenverarbeitung. Vor allem an der Ostküste begann man, mit dem Bau von Schifffahrtskanälen (1825 Eriekanal zwischen New York und den Großen Seen, 600 km lang mit 88 Schleusen) und Straßen (ab 1811 Cumberland oder National Road, 1840 auf 1300 km Länge ausgebaut) eine taugliche Infrastruktur für den Warenverkehr aufzubauen. Die Kanalgebühren brachten schon innerhalb von sieben Jahren die Baukosten wieder herein, so dass schnell weitere Kanalverbindungen, vor allem zum Erie-See, gebaut wurden. So bestand schon Anfang der 1830er Jahre eine durchgehende Schifffahrtsverbindung von New York über die Großen Seen und Chicago auf den Mississippi und nach New Orleans. Dennoch waren die ersten Jahrzehnte der Geschichte der USA nicht von einer nennenswerten Industrialisierung geprägt.

### **Faktoren der Industrialisierung**

Die Industrialisierung ist generell wie in den europäischen Staaten von mehreren Voraussetzungen abhängig:

- Rohstoffe,
- Energie,
- Kapital,
- Arbeitskräfte,
- Wirtschaftsraum,
- Verkehrswege,
- Wirtschaftsethik.

Alle diese Faktoren müssen zusammentreffen, um die industrielle Entwicklung zum Durchbruch kommen zu lassen.

Ausschlaggebend für das Einsetzen der industriellen Entwicklung war hier, wie in England, die Baumwollindustrie, die die in den Südstaaten gewonnene Baumwolle weiterverarbeitete und z. T. exportierte (erste mechanische Spinnerei 1790 in Rhode Island, mechanischer Webstuhl in Boston 1814). Wie in England zog der Aufschwung der Baumwollindustrie den Aufschwung des Maschinenbaus nach sich. Die Textilindustrie siedelte

sich zunächst in Neuengland, später erst in den Hauptanbaugebieten der Baumwolle an. Die in Amerika hergestellten Baumwollstoffe konnten zwar nicht mit den feineren englischen Produkten konkurrieren, aber der Bedarf an gröberen Stoffen war hier größer als in England. Berühmt wurde die Fabrik von Levi Strauss & Sohn in San Francisco, die sich auf die Herstellung indigogefärbter Arbeitskleidung aus festem Baumwollstoff, der Blue Jeans, spezialisierte.

Maßgeblich für den weiteren Fortschritt der Industrialisierung war die oben erwähnte Erschließung des Westens mit seinen Erzlagerstätten durch Verkehrswege, vor allem durch die Eisenbahn. Dies hatte in Wechselwirkung Auswirkungen auf Stahlindustrie und Maschinenbau, die gleichfalls kräftig anwuchsen. Es lassen sich daher in der Industrialisierung der USA drei Phasen unterscheiden: die der Textilindustrie (1820er bis 1830er Jahre), die der Eisenbahnen und der Eisen- und Stahlindustrie (1850er bis 1890er Jahre) und die des Automobilbaus (ab dem Anfang des 20. Jahrhunderts).

Das Kapital für den Aufbau der Industrie kam aus den alten Handelsstädten der Ostküste, von denen bereits die Unabhängigkeitsbewegung ausgegangen war. Daneben spielte auch ausländisches Kapital aus Europa eine starke Rolle. Für große Unternehmen war dieses Kapital jedoch in den seltensten Fällen ausreichend, sodass man dazu überging, Kapitalgesellschaften (corporations) zur Finanzierung der Unternehmen zu gründen. Das Besondere an diesen Kapitalgesellschaften war – im Gegensatz zu früheren partnerschaftlichen Zusammenschlüssen – dass die Haftung (bei Konkursen etc.) die eigene Einlage nicht überstieg. Gesetzliche Regelungen durch die Einzelstaaten schufen hierfür die Grundlage.

Das Potential an Arbeitskräften war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vergleichsweise gering, weil die Besiedlung des Westens den größten Teil der Einwanderer und des eigenen Bevölkerungsüberschusses aufnahm. Erst als die Einwandererzahlen diese Aufnahmefähigkeit überstiegen, standen Arbeitskräfte in genügender Zahl zur Verfügung. Mit dem Anstieg von eigener Bevölkerung und Einwanderung wuchs aber auch der Binnenmarkt der Vereinigten Staaten mit Zuwachsraten, von denen Europa nur träumen konnte.

Die technischen Leistungen im Kanalbau wurden bereits erwähnt; sie trugen im 2. Drittel des 19. Jahrhunderts wesentlich zur Rationalisierung und zur Verbilligung des Verkehrs bei. Die Schifffahrtswege auf Flüssen und Kanälen spielten aber keine so große Rolle wie in England, da die Geographie des Landes, vor allem der parallel zur Küste streichende Zug der Appalachen, dem weiteren Ausbau der Binnenschifffahrt im Wege stand. Erst der Einsatz von Dampfschiffen und der Bau der Eisenbahnen brachte hier den entscheidenden Durchbruch und schuf neuen Bedarf an Produkten der Stahlindustrie.

1807 befuhr das erste Dampfschiff, noch mit einer englischen Maschine, den Hudson, 1816 der erste dampfgetriebene Schaufelraddampfer den Mississippi und den Ohio. Die erste Eisenbahnstrecke (Baltimore and Ohio Railroad) wurde 1830 mit einer Länge von 20 km eröffnet (England 1825, Deutschland 1835). 1836 umfasste das Streckennetz bereits über 2000 km, es bestand hauptsächlich aus Verbindungslinien zwischen den Endpunkten der Schifffahrtskanäle. Das rapide Wachstum der Eisenbahnstrecken (1850 15000 km, 1860 50000 km) brachte den Kanalbau fast völlig zum Stillstand. Den fortschreitenden Einsatz der Dampfkraft in Schiffen und Eisenbahnen, aber auch in den industriellen Dampfmaschinen selbst, ermöglichte vor allem die Ausbeutung der heimischen Kohlevorräte, vor allem in Pennsylvania.

Die calvinistisch-puritanisch geprägte Wirtschaftsethik bereitete schließlich den Boden für ein leistungsorientiertes Wirtschaftsverhalten, das den Profit zur Richtschnur des Handelns machte. Dem entspricht der individualistisch-pragmatische Denkansatz der Amerikaner. Aus der Verbindung dieser Faktoren ergab sich die Möglichkeit für den Unternehmer, Kapital, Arbeitskräfte und natürliche Rohstoffe auf freiere Weise zu kombinieren, als es in Europa möglich war. Diese unternehmerische Tätigkeit ist es, die man im Amerikanischen mit dem Begriff Business umschreibt. Es entstand das Prinzip des schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus, dem jegliche staatliche Sozialpolitik fehlte. Das hinderte den Staat aber nicht daran, sich gegen die Flut billiger britischer Produkte mit hohen Schutzzöllen zur Wehr zu setzen (1816).

Ein wesentlicher Punkt in der Geschichte der Industrialisierung Amerikas sind die technischen Innovationen, die Erfindungen, die mit dem zur Verfügung stehenden Kapital und der Risikobereitschaft der Unternehmer zu einem technischen Fortschritt führten, der breiten Bevölkerungsschichten zu Gute kam, nicht nur das Leben der Menschen veränderte, sondern auch der Industrie neue Produktionszweige und Absatzmärkte erschloss. Zu nennen sind hier die Erfindung des Telefons 1876 durch Alexander Bell (nach ersten erfolgreichen Versuchen des Deutschen Philipp Reis 1861), 1880 die Erfindung der Glühlampe durch Thomas A. Edison und schließlich die Einführung des Fließbandes in der Automobilproduktion durch Henry Ford (1913). Erfindergeist und ein fast ungebremster Fortschrittsglaube wirkten hier intensiv aufeinander ein.

## **Die Rolle der Landwirtschaft**

Die Landwirtschaft spielte bei der Industrialisierung eine dreifache Rolle: Zum einen nahm sie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Bevölkerungsüberschuss auf, sodass die Industrie nicht auf ein unbegrenztes Reservoir an Arbeitern zurückgreifen konnte – auch wenn die Verlagerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Mittelwesten die Bedeutung des Agrarsektors an der Ostküste zurückgehen ließ und dort Arbeitskräfte freisetzte. Zum zweiten sorgte sie durch die enorme

Ausweitung der Produktionsflächen und durch den technischen Fortschritt zunächst für eine Sicherstellung der Ernährung im eigenen Land und für Exporterlöse; diese landwirtschaftlichen Überschüsse führten allerdings zu Beginn des 20. Jahrhunderts, besonders in den späten 20er Jahren, zu einer Überproduktionskrise und zu Preisverfall. Zum dritten war (seit den 1840er Jahren) die fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft durch Traktoren, Mähbinder (1847 McCormick, Chicago), Mähdrescher etc. auch einer der Motoren für die weitere Entwicklung der Industrie.

Eine große Rolle für die Industrialisierung spielte jedoch der Baumwollanbau. Er lieferte nicht nur den Rohstoff für die Textilindustrie, er brachte bis 1860 auch die Hälfte der amerikanischen Exporterlöse. Baumwollerzeugnisse standen in der Liste der Wertschöpfung 1860 noch an erster Stelle; trotz einer Steigerung um fast das Fünffache fielen sie 1910 auf den siebten Platz zurück. Die Baumwollausfuhr der USA stieg von 22 Millionen \$ 1820 auf 64 (1840) und 192 Millionen 1860, der Anteil am gesamten Export betrug 42,3 %, 57,1 % bzw. 60,7 %; zum Ende des Jahrhunderts fiel er dann auf 25,7% (1880) und 17,6% (1900)

## **Sklagenfrage und Sezessionskrieg**

### **Die Sklaverei**

Bereits zu Anfang dieses Kapitels wurde erwähnt, dass vornehmlich aus geographischen und klimatischen Gründen der Süden der britischen Kolonien und später der Vereinigten Staaten durch den Anbau von Baumwolle, Reis und Tabak geprägt war. Das Zusammentreffen von Klima und Arbeitsintensität der Kulturen brachte es mit sich, dass vor allem Sklaven<sup>91</sup> eingesetzt wurden. 1619 erreichten die ersten Schwarzen die Kolonien.

Die innere Entwicklung des jungen Staates stand von Anfang an unter der Spannung zwischen den industriell bestimmten Nordstaaten und den agrarisch orientierten Südstaaten, die aber durch die Bemühungen um ein Gleichgewicht zwischen Nord und Süd nicht zum Konflikt wurde. Da der Norden die Arbeitskraft der Sklaven nicht zur Aufrechterhaltung der Produktion benötigte, konnte sich dort der aus Aufklärung und Naturrecht herrührende Gedanke der allgemeinen Freiheit aller Menschen ungleich konsequenter durchsetzen als im Süden. Das erste Gesetz gegen die Sklaverei wurde schon 1652 in Rhode Island erlassen. Die Beibehaltung der Sklaverei stand im wirtschaftlichen Interesse der südstaatlichen Pflanzaristokratien. Hinzu kam der grundlegende Unterschied im Lebensstil, der aus dem Gegensatz der industriellen und handwerklichen

---

<sup>91</sup> The Geography of Slavery in Virginia, eine digitale Sammlung von Anzeigen über entlaufene und eingefangene Sklaven aus Zeitschriften Virginias des 18. und 19. Jahrhunderts:  
<http://www.vcdh.virginia.edu/gos/index.html>

Produktionsweise des Nordens und der gutsherrschaftlich-großagrarisches Struktur des Südens herrührte.

Die Verfassung der USA von 1787 nannte die Sklaverei nicht ausdrücklich beim Namen, sondern umschrieb sie mit "Dienst- und Arbeitspflicht nach den Gesetzen eines Staates". Das bedeutete einen Kompromiss in der Sklavenfrage zwischen Nord- und Südstaaten. Die *Northwest-Ordinance* von 1787, die die Grundlage für die späteren Staaten Ohio, Michigan, Indiana, Illinois und Wisconsin bildete, verbot die Sklaverei in diesem Gebiet. Der Missouri-Kompromiss beschränkte sie auf Staaten und Territorien südlich des Breitengrades von 36° 30'. Auch in der Folge wurde die Sklavenfrage so behandelt, dass das Gleichgewicht zwischen sklavenfreien und sklavenhaltenden Staaten in der Union gewahrt bleiben sollte. Daher kam es in den folgenden Jahren zu einem Wettlauf zwischen Nord- und Südstaaten um die Kolonisation neuer Territorien, der den Süden unter anderem in Texas eingreifen ließ (1846) und für den Bürgerkrieg in Kansas (1855) sowie für die Ambitionen auf Kuba (1854) verantwortlich war.

Die wirtschaftlichen Differenzen entstanden aus dem Widerspruch in der Wirtschaftspolitik: Während die nordstaatliche Industrie an hohen Einfuhrzöllen zum Schutz der eigenen Produktion interessiert war, lag dem Süden, der die Einfuhrzölle nicht aus eigener Produktion ausgleichen konnte, an einem System des Freihandels, damit er seine Agrarprodukte, vor allem die Baumwolle, absetzen konnte.

Die Freilassung der Sklaven scheiterte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht so sehr an wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Zum einen war nicht sicher, ob die Baumwolle des Südens weiterhin ihre Rolle in der nationalen Wirtschaft würde behaupten können, zum anderen stellte sich die Frage, ob man mit einem Niedergang der Baumwolle die Sklaven überhaupt noch würde beschäftigen können. Ein Ausweg bot sich in der Rückführung der Schwarzen nach Afrika an, die die *American Colonization Society* 1816 startete. 1822 wurde an der Westküste Afrikas die nach dem amerikanischen Präsidenten Monroe benannte Stadt Monrovia gegründet, der 1847 unabhängige Staat erhielt den Namen Liberia (Freiheitsland). Allerdings war nicht nur die Finanzierung des Programms problematisch, viele der in Afrika angesiedelten Schwarzen erlagen der Malaria oder dem Gelben Fieber.

## **Der Sezessionskrieg**

Die wirtschaftlichen Differenzen zwischen Nord- und Südstaaten waren jedoch nicht der Grund und auch nicht der Auslöser für den Sezessionskrieg, der mit dem Austritt von 6 Südstaaten aus der Union begann. Mit der Präsidentschafts- und Kongresswahl von 1860 endete eine dreißigjährige Periode der Demokraten, die den Südstaaten vor allem das politische Übergewicht in der Union brachte. Mit der Wahl Lincolns zum Präsidenten zog erstmals ein republikanischer Kandidat ins Weiße Haus

ein, die Republikanische Partei, die seit 1855 im Senat und im Repräsentantenhaus saß, konnte seither ihre Stimmenzahl stetig vermehren und jetzt die Mehrheit erringen. Mit der Herrschaft der Demokratischen Partei aber war die politische Vorherrschaft des Südens verbunden, und genau diese Vorherrschaft ging 1860 verloren.

Die liberal eingestellte Republikanische Partei war als ein Sammelbecken der Sklavereigegner gegründet worden und forderte aus der emanzipatorischen Denkweise des Nordens heraus die Abschaffung der Sklaverei in der gesamten Union. Dies konnte jedoch kaum Anlass für einen Bundeskrieg dieses Ausmaßes werden, da über 70 % der Sklaven im Besitz von nur 7 % der knapp 350000 Sklavenhalter des Südens waren. Der tiefere Grund liegt im Verlust der Machtstellung, die der Süden mit der Wahl Lincolns kommen sah, derjenigen Machtstellung, die die "aristokratischen" Plantagenbesitzer des Südens an die "Barone" des industrialisierten Nordens abgeben mussten. Das äußerte sich auch konkret darin, dass neben Lincoln auch sein Vizepräsident H. Hamlin aus dem Norden kam, während sich bisher Nord- und Südstaaten die Besetzung beider Ämter geteilt hatten.

Eines der Anzeichen für die Verschiebung der Gewichte innerhalb der Union war das Bevölkerungswachstum durch die Einwanderung. Praktisch alle neuen Einwanderer strömten in die sklavenfreien Staaten des Nordens, vor allem, weil sie dort überhaupt Arbeit fanden. Bis 1830 sank der Bevölkerungsanteil der sklavenhaltenden Staaten auf 42 %, bis 1850 auf 35 % der Gesamtbevölkerung, der Anteil der Weißen in diesen Staaten ging auf 23 % der weißen Gesamtbevölkerung zurück.

Die politische Chronologie der Sezession beginnt mit der Verabschiedung der *Kansas-Nebraska-Act* im Mai 1854. Nach ihr sollen die Siedler der Territorien von Kansas und Nebraska (das sind die heutigen Staaten Kansas, Nebraska, Colorado, Montana, North und South Dakota und Wyoming) selbst über die Zulassung der Sklaverei entscheiden. Das bedeutete eine Abkehr vom Prinzip des Missouri-Kompromisses, d. h. der regionalen Beschränkung. Unmittelbare Reaktion auf dieses Gesetz war die Formierung von *Whigs*, *Free-Soilers* (1848 unter dem Slogan "*free soil, free speech, free labor and free men*" gegründet) und Sklavereigegnern unter den Demokraten zur Republikanischen Partei in der ersten Jahreshälfte 1854, sowie der Bürgerkrieg in Kansas, der sich schnell mit der Sklavenfrage verband.

Unmittelbar auf die Wahl Lincolns zum Präsidenten erklärte das Parlament von South Carolina seine Unabhängigkeit und den Austritt aus der Union (20. 12. 1860). Noch im Januar 1861 folgten Mississippi, Alabama, Florida, Georgia und Louisiana, im Februar Texas, und beschlossen vom 4.–8. Februar eine Verfassung für die "Konföderierten Staaten von Amerika". Im März schlossen sich Arkansas und Virginia, im Mai North Carolina und im Juni Tennessee an. Der Norden sah sich durch diese Loslösung von der Union in die Defensive gedrängt und kämpfte von nun an für den

Fortbestand des Gesamtstaates. Die Sklavenfrage war zwar ein wertvolles propagandistisches Mittel, aber weder Auslöser noch Ziel des Krieges. Lincoln selbst erklärte bei seinem Amtsantritt, er habe *"nicht die Absicht, weder direkt noch indirekt, (sich) in die Institution der Sklaverei in den Staaten einzumischen, wo sie besteht"*, und auch weder *"das gesetzliche Recht dazu"* noch *"die Neigung, es zu tun."*

Die Unterschiedlichkeit der Standpunkte liegt vor allem in der Interpretation der Staatsgründung von 1776/1787. Der Süden sah sie als freiwilligen Beitritt souveräner Staaten zu einer Union und betonte damit den Akt von 1776 mehr. Der Norden dagegen legte den Schwerpunkt auf die Verfassung von 1787, die mit den Worten *"Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, ... ordnen an und begründen diese Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika (um eine bessere Union zu bilden...)"* beginnt.

Im Sezessionskrieg selbst standen 23 Nordstaaten gegen 11 Südstaaten, die zunächst unter General Robert E. Lee bedeutende Landsiege verzeichnen konnten. Die Seeblockade schwächte allerdings die Konföderation immer weiter, so daß die Wirtschaftskraft des Nordens schließlich siegte.

Im Krieg verloren auf beiden Seiten etwa 1 Million Menschen ihr Leben, dazu kamen 6 Milliarden Dollar an Kriegsausgaben bei den Staaten des Nordens, 3 Milliarden bei den Südstaaten und etwa 11 Milliarden an Sachschäden, Kriegsfolgekosten etc. bei beiden Parteien. Der amerikanische Sezessionskrieg unterscheidet sich von den "Kabinettskriegen" des 19. Jahrhunderts durch die Größenordnungen im Einsatz von Mensch und Material, durch die Verwendung industrieller Kampf- und Kommunikationsmittel sowie die rücksichtslose Einbeziehung der Zivilbevölkerung und macht ihn so zu einem Vorläufer der totalen Kriege des 20. Jahrhunderts.

## **Die "Rekonstruktion"**

In den folgenden Jahren wurden die unterlegenen Konföderationsstaaten von landfremden Politikern oder Militärs regiert, bis sie schließlich die vom Norden geforderten Bedingungen für die Wieder-Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes erfüllten (13., 14., 15. Verfassungsamendment, *Reconstruction Acts*, *Civil Rights Act*) und Vertreter in den Kongress entsenden durften. Da der Süden einstweilen nicht im Kongress vertreten war, begünstigte die Gesetzgebung die Industrie des Nordens und verhalf der Industrialisierung endgültig zum Durchbruch. Die gesetzlichen Maßnahmen der "Rekonstruktion" waren zum Teil jedoch auch ein Mittel, um die Rückkehr der Demokraten zu ihrer einstigen politischen Bedeutung zu verhindern.

Der Krieg förderte und beschleunigte das wirtschaftliche Wachstum, vor allem freilich das der Nordstaaten; die USA traten in den späten 1860er Jahren endgültig in den Rang einer hochindustrialisierten Nation ein. Der

soziale Umbruch war so total wie die Niederlage des Südens. Die Plantagenbesitzer, die fast ein Jahrhundert lang den Staat regiert hatten, verloren mit der entschädigungslosen Befreiung der Sklaven ihre wirtschaftliche Machtstellung an die "Yankees", die Industriellen des Nordens.

Durch das 13. Verfassungsamendment, das 1865 in Kraft trat, wurden die Sklaven zwar befreit, das soziale Problem der Deklassierung der schwarzen Bevölkerung blieb jedoch bestehen. Der Ku-Klux-Klan, ein 1866 in Tennessee entstandener Geheimbund, sorgte durch sein Wirken, vor allem durch Terrorakte, dafür, dass die Herrschaft der Weißen in den Südstaaten bestehen blieb. Die Masse der Schwarzen geriet aus der persönlichen Abhängigkeit in die Lohnabhängigkeit der Industrie; das Problem der Rassendiskriminierung birgt noch heute sozialen Sprengstoff, auch wenn der Terror gegen Schwarze (besonders in der 1960er Jahren) heute weitgehend der Vergangenheit angehört.

## **Die USA als industrielle Weltmacht**

### **Industrialisierung und Big Business**

#### **Das industrielle Wachstum**

Um 1860 machten auch die USA den großen Sprung, der sie unter die führenden Industrienationen und schließlich auch an deren Spitze brachte. Zwar lag der Gesamtmarktwert der landwirtschaftlichen Produktion immer noch über dem der industriellen Erzeugnisse, 1860 aber hatten sie mit ihrem Anteil an der Weltindustrieproduktion Deutschland überholt und mit Frankreich gleichgezogen, Anfang der 1880er Jahre überholten sie dann Großbritannien. Der Grund dafür liegt einerseits im wirtschaftlichen Aufschwung während des Sezessionskrieges, andererseits vor allem in der Erschließung der Rohstoffgebiete durch Eisenbahnlinien. Mit dem rapiden Anstieg der Einwandererzahlen wurden weiterhin die Territorien zwischen dem Mississippi und Kalifornien zunehmend besiedelt und bildeten damit einen riesigen Absatzmarkt. So stieg die Bevölkerungszahl von 31 Millionen 1860 auf 76 Millionen 1900 an.

Bis zur Jahrhundertwende bildete sich schließlich der "*Manufacturing Belt*", auch "Industrielles Dreieck" (*industrial triangle*) genannt, heraus, ein Gebiet zwischen New York/Washington und Chicago mit Detroit, Cleveland, Pittsburgh und Philadelphia als weiteren Zentren, in dem (1960) 43 % der Bevölkerung 66 % der Industrieproduktion erbrachten. Hier waren vor allem die Eisen- und Stahlindustrie und die chemische und petrochemische Industrie beheimatet.

Dieses industrielle Wachstum wurde ab 1870 durch regelmäßig wiederkehrende Wirtschaftskrisen (1873–79, 1882–85, 1893–97) gestört,

wie auch die erste Phase der Industrialisierung in jedem Jahrzehnt durch längere Depressionsphasen gekennzeichnet war. Diese Krisen zeigten bereits die Erscheinungen, die dann auch die Wirtschaftskrisen des 20. Jahrhunderts begleiteten: Rückgang von Preisen und Zinsen, Anstieg der Firmenzusammenbrüche und der Arbeitslosenzahlen.

Im Zusammenhang mit diesen Wirtschaftskrisen steht auch der Konzentrationsprozess in der Industrie, der sich sowohl im Aufgehen kleinerer Firmen in größeren und stärkeren Konzernen (Monopole) als auch im Zusammenschluss mehrerer Betriebe oder Konzerne in Trusts und Kartellen äußerte. Beides hatte ein Ausschalten von Marktmechanismen zur Folge: Monopolkonzerne beherrschten den Markt alleine, Trusts und Kartelle teilten den Markt unter sich auf und verzichteten auf die gegenseitige Konkurrenz – beide Male konnten Preise und Abgabebedingungen diktiert werden. Diese Konzentrationsbewegung ging sowohl horizontal (räumlich) als auch vertikal (eine Sparte vom Rohstoff bis zur Fertigung und zum Verkauf des Endproduktes umfassend) vor sich. Damit verbunden war aber auch eine massive Einflußnahme der Industrie auf die Politik – die USA gingen zu einer imperialistischen Außenpolitik über.

### **Big Business**

Mehere Faktoren begünstigten einen schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus, der allein auf die Durchsetzung individueller kapitalistischer Interessen setze. Da war zum einen die Zurückhaltung der Regierung in der Regelung anstehender Fragen bei der Industrialisierung, die äußerst günstigen Bedingungen eines riesigen Binnenmarktes mit großen Wachstumschancen sowie die nahezu unbegrenzt mögliche Privatinitiative. Sie ließen eine Schicht von Industriekapitänen entstehen, die im Verlauf der Konzentration zu einer dünnen Schicht von Eisenbahnkönigen, Stahlbaronen und Bankiers wurde.

Besonders der Eisenbahnbau zeigt Grundzüge dieses neuen Unternehmertums: Er hatte die höchsten Zuwachsraten im gesamten industriellen Sektor (56000 km Streckenlänge 1865 – 309000 km 1900) und benötigte das meiste Kapital (Investitionssumme 1900 10,3 Milliarden Dollar). Je dichter das Streckennetz wurde, vor allem im hochentwickelten Osten, um so rücksichtsloser wurde der Konkurrenzkampf unter den durchweg privaten Gesellschaften. Allein 1880 wurden 115 Eisenbahngesellschaften aufgekauft oder fusionierten mit anderen; bis zur Jahrhundertwende war die Zahl der Gesellschaften auf ein Drittel der ursprünglichen Zahl gesunken.

Parallel zum Konzentrationsprozess der Eisenbahngesellschaften lief die Entwicklung der Großindustrie. Nachdem neue Techniken die Stahlproduktion revolutioniert hatten (Bessemer-Verfahren) und der Abbau der riesigen Erzlagerstätten in Michigan und Minnesota begann, war auch

hier der Weg frei zur Unternehmenskonzentration unter dem Einsatz von Geld und Technik.

Die 1892 aus den verschiedenen Bestandteilen der Carnegie Company gebildete Carnegie Steel Company des gebürtigen Schotten Andrew Carnegie hatte bereits einen Wert von 25 Millionen US-\$ und war die größte Stahlgesellschaft der Welt. Die Carnegie Steel Company expandierte weiter und steigerte die Produktion zwischen 1889 und 1899 von 332.111 to 2.663.412 Tonnen Stahl im Jahr. Der Gewinn der Gesellschaft stieg von 2 auf 40 Millionen US-\$. Um die Jahrhundertwende kontrollierte Carnegie in einem "vertikalen Verbund" rund 40 % der amerikanischen Stahlfertigung, verkaufte allerdings 1901 den gesamten Komplex für 447 Millionen Dollar an den Bankier John P. Morgan. Dessen U.S. Steel Corporation verfügte schließlich über 60 % der amerikanischen Stahlindustrie und ist ein klassisches Beispiel für den Aufbau eines Wirtschaftsimperiums durch einen Bankier.

Der Ölbedarf von Maschinen und Haushalten wurde ab 1859, als in Pennsylvania die erste Ölquelle angebohrt wurde, durch heimische Förderung gedeckt. Nachdem J. D. Rockefeller 1870 die Standard Oil Company (abgekürzt S. O., später ESSO) gegründet hatte, gelang es ihm, innerhalb von zehn Jahren fast die gesamte Petroleumindustrie unter seine Kontrolle zu bringen. Andere Konzerne, die auch heute noch bei uns durch ihre Namen bekannt sind, waren International Harvester (Landmaschinen), Pullman (Eisenbahnwagen, heute als Sessel-Typ in Transportfahrzeugen gebraucht) und Singer (Nähmaschinen).

1890 erließ der Kongress zwar gegen die Trusts den *Sherman Act*, der Monopole und Kartellabsprachen verbot, aber finanzielle Verflechtungen (Holdings als übergeordnete Organisation) weiter zuließ. Die Bestimmungen des Gesetzes waren aber so ungenau, dass seine Wirkung sehr gering war, zumal der Oberste Gerichtshof auf Seiten der Unternehmer stand.

Die Leistung dieser Großindustriellen ist schwer zu beurteilen. Auf der einen Seite stehen ihre Charakterisierungen als "*robber barons*", die die unteren Bevölkerungsschichten ausbeuteten und ins Elend stürzten. In den späten 30er und den 40er Jahren unseres Jahrhunderts überwog dann die Heroisierung dieser Unternehmerpersönlichkeiten, bis nach dem Zweiten Weltkrieg die nüchterne Unternehmensgeschichte diesen Aspekt wieder versachlichte und auf die Organisationskräfte dieser Persönlichkeiten für die amerikanische Wirtschaft verwies. Dann setzte aber auch die Kritik am politischen Engagement der Unternehmer ein, besonders, als im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Big Business in der Innenpolitik Korruption größten Ausmaßes bedeutete, im außenpolitischen Bereich ein Synonym für Dollarimperialismus wurde.

## **Die Lage der Arbeiter**

Die Lage der Arbeiter unter diesem System des schrankenlosen und von staatlichen Stellen nicht regulierten und kontrollierten Wirtschaftsliberalismus war schlechter als in Europa. Rendite und Profit wurden durchweg auf Kosten von Löhnen, Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter erwirtschaftet. Der Durchschnittslohn pro Woche betrug in den 1880er Jahren etwa 9 Dollar, während für die Befriedigung der existenziellen Bedürfnisse wohl etwa 12 Dollar nötig gewesen wären. Zehnstudentag und Sechstagewoche waren (wie in Europa auch) üblich und wurden in einzelnen Industriezweigen auch regelmäßig überschritten.

Dennoch blieb die Gewerkschaftsbewegung schwach. Der Grund dafür dürfte in der Mentalität der Arbeiterschaft liegen, die mit der Zuwanderung vom Land oder der Einwanderung aus Europa den festen Entschluss zum sozialen Aufstieg mitbrachte.

Nicht der Kampf gegen das System stand im Vordergrund, sondern die Eingliederung. Ein weiterer Grund liegt im Überangebot an Arbeitskräften durch die starke Einwanderung und in der Bereitschaft der Einwanderer, zunächst auch unterbezahlt und schlecht organisierte Arbeit anzunehmen (vergleiche dazu die Situation der Gastarbeiter in Deutschland nach 1960). Die entstandenen Zusammenschlüsse der Facharbeiter waren in ihrem Grundcharakter eher konservativ, auf die Bewahrung der erreichten Situation gerichtet.

Es kam zwar 1866 schon zur Bildung der *National Labor Union*, die Organisation war jedoch nur kurzlebig und umfasste nur Facharbeiter. Wichtiger wurde der 1869 gegründete *Holy Order of the Knights of Labor*, der Verbraucher- und Erzeugergenossenschaften gründete und auf dem Höhepunkt der Bewegung über 700000 Mitglieder hatte. Aber auch er ging in der folgenden Depression ein. Längeren Bestand hatte dagegen die *American Federation of Labor* (AFL, 1881/86 gegründet), die 1904 über anderthalb Millionen Mitglieder verzeichnete. Sie verstand sich ausschließlich als gewerkschaftliche Bewegung, ohne politische Ambitionen, zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen seiner Mitglieder.

Arbeitskämpfe, Streiks und Aussperrungen, auch Gewaltanwendung waren durchaus nichts Seltenes. Die öffentliche Meinung stellte sich jedoch durchweg auf die Seite derer, die wirtschaftlichen Aufschwung und die Entfaltung der individuellen Möglichkeiten versprachen. Arbeitskämpfe wurden oft mit Waffengewalt niedergeschlagen (25 Tote bei einem Eisenbahnerstreik 1877 in Pittsburgh, 13 Tote 1892 in Pennsylvania, 12 Tote 1894 in Chicago), die Gerichte griffen mit Streikverboten und auch Todesurteilen (10 Todesurteile wegen Gewalttätigkeiten in den Kohlegruben Pennsylvanias 1875) ein.

### **Opposition gegen das Big Business**

Um die Jahrhundertwende war die Zusammenballung des Reichtums in den Händen Weniger in ein kritisches Stadium getreten. 1910 besaß ein

Prozent der amerikanischen Bevölkerung 47 % aller Besitztümer im Land und verbrauchte 15 % des Nationaleinkommens. Widerstand dagegen regte sich zunächst bei den Farmern des Südens und Westens.

Sie wurden vom Verfall der Agrarpreise voll getroffen, die von 1870 bis 1896 auf über die Hälfte (Weizen von 107 Cent auf 49 je bushel, Mais von 52 auf 21) sanken. Die Ausgaben für Maschinen und Transport stiegen dagegen durch hohe Einfuhrzölle bzw. monopolistisch festgesetzte Raten. Viele Farmer waren chronisch verschuldet.

Abhilfe versprach eine genossenschaftliche Organisation, die Fachwissen verbreitete, die wirtschaftlichere Nutzung der Maschinen förderte und den Absatz selbst organisierte. Getreidespeicher, Lagerhäuser, Einkaufsstätten, sogar Maschinenfabriken entstanden auf genossenschaftlicher Basis. 1892 wurde in der *People's Party* (Populisten) auch eine politische Organisation dieser organisierten Farmer (*Granger*) geschaffen. Ihre Forderungen zielten vor allem auf ein stärkeres Engagement des Staates in Verbindung mit einer durchgreifenden Demokratisierung.

Ein rapider Anstieg der Lebenshaltungskosten (von 1897 bis 1913 um 35 %), der Millionen Amerikanern den sozialen Abstieg in die Armut brachte und mit der Korruption in Ämtern Hand in Hand ging, wurde den großen Konzernen zur Last gelegt. Einen Ausweg gab es für die große Masse der Arbeiter nur über Frauen- und Kinderarbeit, ein Stadium, das in Europa bereits Schritt für Schritt überwunden wurde. Diese Ausprägung der Sozialen Frage brachte Anstrengungen hervor, diese Missstände zumindest in bestimmte Richtungen zu lenken, wenn sie schon nicht abgeschafft werden konnten. Wortführer dieser Richtung nennt man Progressivisten, sie schlossen sich 1912 in der *Progressive Party* zusammen und nominierten Theodore Roosevelt für eine dritte Amtsperiode. Konkrete Sofortmaßnahmen blieben indessen aus, ihre Wirkung besteht eher darin, dass sie staatliche Eingriffe vorausdachten und vorbereiteten.

Träger dieses Progressivismus (*Progressive Movement*) war der gehobene städtische Mittelstand, er fand starken Zulauf in der unteren Mittelschicht bei jenen kleinen Angestellten und Technikern, die durch die gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung immer zahlreicher und immer wichtiger wurden. Kleinere und mittlere Unternehmer und Kleinbürger sahen ihre wirtschaftliche und soziale Existenz von der Konzentrationsbewegung in der Wirtschaft unmittelbar bedroht und schlossen sich an. Wesentlicher Anteil an der Bildung eines progressivistischen Bewusstseins kam den Journalisten zu (*muckrakers* – Dreckwühler), die in Artikelserien die Machenschaften von Konzernen und korrupten Verwaltungen aufdeckten. Den Progressivisten gelang es in der Tat, in einigen Städten und Staaten demokratischere Praktiken einzuführen, insgesamt, auf die ganzen USA gesehen, blieb ihre Arbeit jedoch Stückwerk.

Der Kampf gegen die Monopole war aber nicht gegen das kapitalistische System an sich gerichtet, die liberale Wirtschafts- und Sozialordnung sollte nicht in Frage gestellt werden. Im Gegenteil – das herrschende System sollte samt dem sozialen Status der Progressivisten gestützt und gestärkt werden, wobei die Monopole besonders den Letzteren bedrohten. Gleichzeitig sollten Sozialreformen den Lebensstandard der Bevölkerung heben.

## **Der Dollarimperialismus der USA**

### **Die Phase des Expansionismus**

Die Außenpolitik der USA wurde lange Zeit durch die eigenen kolonialen Erfahrungen bestimmt, und viele Amerikaner sträubten sich dagegen, in den Wettlauf der europäischen Mächte um Kolonien in Afrika oder Asien einzutreten. Die von dem amerikanischen Präsidenten Monroe 1823 verkündete Monroe-Doktrin "Amerika den Amerikanern" war nicht nur dazu geeignet, europäische Interventionen auf dem amerikanischen Kontinent zurückzuweisen, sondern umgekehrt auch die Aktivität der USA auf ihre Hemisphäre zu begrenzen.

Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang die Rolle der Erschließung des Westens, die zunächst eine ganze Reihe derjenigen Energien absorbierte, die in anderen Staaten in koloniale Expansion umgesetzt wurde. Markstein ist hier die Aufhebung des Heimstättengesetzes 1892 (s. oben S. 31) und das durch die Volkszählung von 1890 festgestellte Ende der *frontier*.

Bereits vorher aber richtete sich der Blick einzelner Unternehmer auf Gebiete außerhalb der Vereinigten Staaten. Hier war zunächst Britisch-Kanada das Ziel, dann das spanische Mexiko (seit 1821 unabhängig). Mexiko stand ohnehin im Blickfeld dieser "Expansionisten", da der gesamte mexikanische Norden von Texas bis Kalifornien nach dem mexikanisch-nordamerikanischen Krieg 1846/48 an die USA verloren ging.

### **Der Früh-Imperialismus**

In den 1850er Jahren kamen dann Vorstellungen auf, die darauf zielten, die angrenzenden Meere unter dem Schutz der amerikanischen Flotte dem eigenen Handel zu unterwerfen. Mit diesen Früh-Imperialisten wird bereits der wesentliche Unterschied zum europäischen Kolonialismus deutlich: Es handelt sich in aller Regel nicht um den Erwerb von entlegenen Prestige-Kolonien, die den Ruhm des eigenen Landes im nationalistischen Konkurrenzkampf erhöhen sollten (was besonders auf die deutsche Kolonialpolitik zutrifft), sondern darum, konkrete Handelsinteressen zu verfolgen. In diesem Sinne zwang 1854 Commodore Matthew C. Perry mit seinem Flottengeschwader Japan zur Öffnung seiner Häfen für den amerikanischen Handel und zur Annahme eines Friedens-, Freundschafts-

und Handelsvertrages. Unternehmen wie die Eroberungsversuche Nikaraguas 1855 und Honduras' 1860 blieben noch vereinzelt, fanden aber schon den Beifall der amerikanischen Öffentlichkeit.

Der erste Schritt, den Pazifik zu einem amerikanischen Wirtschaftsraum zu machen, wurde mit dem Kauf Alaskas von Rußland 1864 unternommen. Der nächste Schritt war die Erwerbung der Aläuten und der Midway-Inseln, mit denen der Ring um Hawaii geschlossen wurde. Hier hatten sich schon Amerikaner angesiedelt, trieben Zuckerrohranbau und hatten politische Rechte erworben. Ein Umsturz sollte den Anschluss an die USA bringen. Da sich der Senat jedoch diesem Vorhaben verweigerte, wurde Hawaii als Republik wieder selbständig. Auch auf Samoa wurde das Annexionsproblem umgangen, indem die USA gemeinsam mit Großbritannien und dem Deutschen Reich ein Kondominium, eine gemeinsame Herrschaft, errichteten.

### **Die USA als imperialistische Macht**

Mitte der 1890er Jahre schließlich gewann die Vorstellung Oberhand, man müsse am "Kampf ums Dasein" teilnehmen, man müsse anderen Menschen die Freiheit bringen – die USA waren in ein ähnlich missionarisches Stadium ihrer Außenpolitik getreten wie die europäischen Mächte. J. Strong's Buch "*Our Country*" (1885) verbreitete den sozialdarwinistischen Gedanken von der Überlegenheit der angelsächsischen Rasse und besonders ihres amerikanischen Teils. Ebenso vermittelte J. W. Burgess die Idee von der Pflicht der germanischen Rasse, ihre Leistungen zu verbreiten – notfalls mit Gewalt. Hinzu trat die Vorstellung, Amerika könne durch diese Politik vor der Gefahr des Sozialismus bewahrt werden. Die Verwandtschaft zu sozialimperialistischen Theorien ist offenkundig: Sie sehen den Imperialismus als einen Versuch an, innere Widersprüche durch Erfolge in der expansiven Außen- und Kolonialpolitik zu neutralisieren, mindestens aber zu überdecken. Ergebnis dieser Ansichten, die J. Mahan u. a. in "*The Interest of America in Sea Power*" (1897) verbreitete, war die Schaffung einer Flotte, die nicht mehr nur rein defensiven Charakter hatte, sondern amerikanische Interessen auf allen Meeren durchsetzen können sollte (*Naval-Act* 1890).

Gerade in der Kuba-Frage zeigt sich auch, dass nicht unbedingt die Repräsentanten der Politik eine expansive und aggressive Politik befürworteten, sondern dass Kapitalinteressen ausschlaggebend waren und die Politik beeinflussten. Diese Kapitalinteressen unterstützten die Aufstandsbewegungen der Einheimischen gegen Spanien und lösten massive anti-spanische Propaganda in der Presse der Vereinigten Staaten aus, als das zum Schutz der amerikanischen Staatsbürger nach Havanna ausgelaufene Schlachtschiff "Maine" – ohne Einwirkung der Spanier – durch eine Explosion sank.

Präsident McKinley verlangte von Spanien einen Waffenstillstand und die Auflösung der Konzentrationslager (*campos de concentracion* – das erste

Vorkommen dieses Begriffes in der Geschichte), in denen einheimische Rebellen gefangen waren. Das Einlenken der Regierung in Madrid kam jedoch zu spät, der Präsident hatte sich schon den Kriegstreibern im eigenen Lager gebeugt und die Befriedung der Insel durch eine gewaltsame Intervention gefordert. Der Senat formuliert allerdings in der entsprechenden Resolution den ausdrücklichen Verzicht auf eine Annexion Kubas.

Der Spanisch-Amerikanische Krieg von 1898, der sich an der kubanischen Frage entzündete, aber auch gegen die spanischen Besitzungen auf den Philippinen geführt wurde, brachte praktisch ohne eigene Verluste den Sieg über die spanischen Flottenverbände ("*splendid little war*"). Im Zug der Flottenoperationen besetzten die Amerikaner gleich die Midway-Inseln und Puerto Rico mit, die von dem Krieg eigentlich überhaupt nicht berührt waren.

Im Frieden von Paris 1898 gewannen die USA schließlich die Hoheit über Kuba, Puerto Rico und Guam, sowie gegen Zahlung von 20 Millionen auch die Philippinen. Bei den Ratifizierungsverhandlungen im Senat prallten zwar noch imperialistische und anti-imperialistische Vorstellungen aufeinander, schließlich erkannte aber doch die demokratische Mehrheit die Verträge an (1899). Im Siegestaumel passierten sowohl der Annexionsvertrag für Hawaii als auch die Auflösung des Kondominiums über Samoa den Senat reibungslos: Deutschland erhielt den größten Teil der Insel, Amerika den wichtigen Hafen Pago-Pago, Großbritannien zog sich zurück.

Das spanische Erbe auf den Philippinen verstrickte die USA allerdings zunächst in den Philippinischen Krieg (1899–1902) gegen die Einwohner der Inseln, denen sie während des Spanischen Krieges für die Teilnahme am Kampf die Freiheit versprochen hatten und die sich jetzt um ihre Rechte betrogen sahen. Spätestens in diesem Krieg wurde deutlich, wie weit sich die Vereinigten Staaten von ihrem ursprünglich vertretenen Ziel, für die Freiheit zu kämpfen (Kuba-Resolution) auch offiziell entfernt hatten.

Die Verwicklung in den Philippinen-Krieg hinderte die USA daran, sich nennenswert an der Niederschlagung des Boxer-Aufstandes in China (1900) zu beteiligen, sodass sie leer ausgingen, als danach China in Interessensphären aufgeteilt wurde. Um ihren Einfluss dennoch zu wahren, verkündeten sie die Politik der "*Open Door*", des freien Zugangs zum chinesischen Markt.

Mit dem Amtsantritt Theodore Roosevelts 1901 trat der amerikanische Imperialismus in eine neue Phase und griff weiter aus. Der Gegensatz zwischen der zögernden Person eines Präsidenten (McKinley) und den Ansprüchen des Kapitals war aufgehoben, Roosevelt selbst folgte dem afrikanischen Spruch, "*sanft zu reden und einen dicken Knüppel zu tragen*" (daher die "*Politik des dicken Knüppels*" – *big stick*). Die Mehrheitsverhältnisse im Kongress blieben allerdings von 1895 bis 1911 dieselben.

Die Philippinen und Puerto Rico wurden zum "*nicht organisierten Territorium*" erklärt (1902), Kuba wurde amerikanisches Protektorat mit Interventionsrecht (1903).

In diese Zeit fällt auch der Zugriff auf Panama. Die amerikanische Kanalbau-Company hatte von dem Franzosen de Lesseps, dem Erbauer des Suez-Kanals, Konzessionen am Isthmus von Panama zum Bau einer Kanalverbindung zwischen Atlantik und Pazifik erworben und wollte diese jetzt an die USA abtreten. Als der kolumbianische Kongress die Zustimmung verweigerte, inszenierte die Company eine "Revolution" und proklamierte am 3. November 1903 die Unabhängigkeit des Landes als Staat Panama. Schiffe der US-Navy verhinderten die Landung kolumbianischer Truppen. Die USA erkannten die Republik sofort an, Panama trat wenige Tage später die Souveränität über die Kanalzone an die USA ab, der Panama-Kanal wurde 1904–1914 gebaut.

1904 schließlich formulierte Roosevelt die Monroe-Doktrin um: Aus der Zurückweisung europäischer Intervention in Amerika wurde das Recht der USA, überall auf dem amerikanischen Kontinent einzugreifen, wo amerikanische (Kapital-)Interessen gefährdet waren: Die Dominikanische Republik übertrug 1905 den USA das Zollrecht und gestand 1907 das Recht zur Intervention zu (bis 1941); mit der Intervention in Nikaragua 1912 wurde dieses amerikanisches Protektorat (Anwesenheit der Truppen 1916–1924); 1915 begab sich Haiti in den Schutz der USA (Anwesenheit der Truppen bis 1934). Die Intervention in Mexiko 1914–1917 wurde beendet, als Mexiko sich dem Deutschen Reich zuzuwenden drohte.

Wo aber diese Interessen nicht unmittelbar und augenscheinlich im Spiel waren, konnte sich Roosevelt wie seinerzeit Bismarck auf die Position eines "ehrlichen Maklers" zurückziehen. So vermittelte er den russisch-japanischen Frieden von Portsmouth (1905) und die Konferenz von Algeciras (1906) zur Lösung der Marokko-Krise.

## **Die USA und der Erste Weltkrieg**

### **Innenpolitische Voraussetzungen**

Der 1912 gewählte neue Präsident Woodrow Wilson nahm in den ersten Jahren seiner Amtszeit einige Vorhaben in Angriff, an die seine Vorgänger noch nicht gegangen waren: Er senkte die Einfuhrzölle, sodass billigere ausländische Produkte auf den Markt kommen konnten, ordnete auf dem Gesetzgebungsweg das Bankwesen neu (1913), brachte Gesetze über Farmkredite und gegen Kinderarbeit ein und führte für die Eisenbahner den Acht-Stunden-Tag ein (1916). Die Bekämpfung der Trusts (*Clayton Antitrust Act*, 1914) blieb dagegen Papier, da die Maßnahmen weiterhin auch gegen Gewerkschaften und Farmerorganisationen angewandt werden konnten.

Die innenpolitischen Reformen traten aber über die Frage nach der Verstrickung der USA in den Ersten Weltkrieg in den Hintergrund. Im

Bewusstsein der öffentlichen Meinung war zunächst die Neutralität fest verankert; die USA hatten sich zwar in der jüngsten Vergangenheit sehr stark in Lateinamerika engagiert, sich aber aus europäischen Konflikten seit Bestehen des Staates herausgehalten.

Dieser gleichsam offiziellen politischen Neutralität stand natürlich eine sehr hohe Affinität sowohl zu England als auch zu Frankreich gegenüber. Mit England waren die USA sprachlich, geschichtlich und kulturell verbunden, Frankreich galt auch jenseits des Atlantiks als der Inbegriff von Zivilisation, Kultur und feinerer Lebensart. Auch die französische Hilfestellung beim Kampf um die Unabhängigkeit war nicht vergessen. Nur wer unmittelbar aus Deutschland kam oder wer als Ire seine Aversion gegen Großbritannien mitbrachte und weiter hegte, empfand Sympathien für die Mittelmächte. Kaiser Wilhelm II. verstand es, durch seine polternde Art die politischen Sympathien zu verspielen; sie gingen vollends verloren, als das Deutsche Reich das neutrale Belgien überfiel. Während der ersten Kriegsjahre schließlich war die alliierte Propaganda mit ihrem Deutschland-Bild in den USA im Vorteil.

Die alliierte Blockade Deutschlands traf auch den Handel mit den USA, die amerikanische Ausfuhr nach Deutschland fiel von 345 Millionen Dollar 1914 auf 2 Millionen 1916. Die Ausfuhr nach Großbritannien, Frankreich und Italien stieg dagegen in derselben Zeit von 800 Millionen Dollar auf 2,6 Milliarden. Zur Deckung dieser Importe wurden ab 1915 auch Anleihen in den USA aufgenommen, die ab August 1916 den Alliierten auch als Geldleistungen zuflossen. Bis zum Kriegseintritt der USA im April 1917 verschuldeten sich die Alliierten auf diese Weise mit 2,3 Milliarden Dollar (bis Juni 1920 kamen noch einmal 10,3 Milliarden Dollar hinzu).

### **Eintritt in den Krieg und Engagement**

Der Eintritt in den Krieg wurde der Regierung Wilson durch den von Deutschland geführten U-Boot-Krieg erleichtert. 1915 kamen im Mai bei der Versenkung der *Lusitania* von den 1198 Menschen auch 128 Amerikaner ums Leben, im August versanken mit der *Arabic* zwei Amerikaner, auf der *Sussex* wurden im März 1916 zwei Amerikaner verwundet. Das deutsche Zurückweichen in dieser Frage beruhigte zwar nach außen hin die Situation, aber seit Dezember 1915 trieb der Präsident die militärischen Anstrengungen zur Aufnahme der Kämpfe voran. 1916 wurde die Armee verstärkt und ein Flottenbauprogramm im Umfang von 313 Millionen Dollar aufgelegt. Die Entscheidung zu einem Kriegseintritt, den auch die amerikanische Öffentlichkeit mitvollziehen konnte, fiel schließlich, als Deutschland den uneingeschränkten U-Boot-Krieg erklärte (31. Januar 1917) und ein Bündnis mit Mexiko und Japan anstrebte. Als auch in Russland die Revolution das Zarenregime durch eine bürgerliche Regierung ersetzt hatte, das Land damit auf dem Weg zur Demokratie schien und als Bündnispartner möglich wurde, trat Wilson am 2. April vor

den Kongress und verlangte die Vollmacht, Krieg führen zu können, um die Welt "safe for democracy" zu machen.

Die amerikanische Unterstützung sollte ursprünglich nur in Geld, Schiffsraum und Güternachschub bestehen. Bald wurden jedoch auf Drängen der Alliierten auch Truppen nach Europa entsandt. Auf der politischen Seite setzte Wilson mit seinem 14-Punkte-Programm im Januar 1918 die Maßstäbe, an denen eine künftige europäische Ordnung gemessen werden sollte. Besonders das amerikanische Eingreifen brachte vom September 1918 an die deutsche Front auf breiter Linie zum Wanken und schließlich zum Fallen, wodurch den Amerikanern der Sieg vor allem als ihr Sieg erschien. Damit unterschätzte aber die amerikanische Öffentlichkeit die Tatsache, dass die Jahre vorher das Leben von 1,4 Millionen Franzosen und 900000 Briten gefordert hatten. Ihnen standen auf amerikanischer Seite nur eine Bilanz von etwas über 100000 Kriegstoten gegenüber.

### **Folgen des Engagements**

Der amerikanischen Wirtschaft brachte dieses Engagement einen kräftigen Aufschwung in allen Bereichen. Zum Ersten waren die 33,5 Milliarden US-\$, die die USA von April 1917 bis Juni 1920 für Kriegszwecke ausgaben – davon 10,3 Milliarden als Anleihe der Alliierten – eine enorme Investitionsspritze, die natürlich zunächst der Rüstungsindustrie zugute kam, dann aber über Zulieferer etc. weitere Kreise zog. Zum Zweiten stieg die Weizenproduktion und -ausfuhr durch die Erhöhung des staatlichen Ankaufpreises stark an; die Anbaufläche vergrößerte sich von 47 Millionen acres 1917 auf 74 Millionen acres 1919. Zum Dritten floss das Eigentum der Mittelmächte durch Beschlagnahme der amerikanischen Volkswirtschaft zu, wobei die deutschen Patente besonders der chemischen Industrie zugute kamen. Die Organisation dieser kriegswichtigen Industriezweige wurde von Regierungsstellen übernommen (*Council of National Defense, War Industries Board, Food Administration* u. a.). Damit war bereits in einer Krisenzeit ein planwirtschaftliches Instrumentarium geschaffen und erprobt; es entsprach jedoch dem freiheitlichen Geist der USA, dass nach dem Krieg diese Maßnahmen wieder aufgegeben wurden.

Der Krieg wurde zwar unter dem Aspekt der Vierzehn Punkte Wilsons beendet, aber der Präsident musste dann mit ansehen, wie statt der Völkerverständigung die Revanchegeleüste der Sieger die Friedensverhandlungen bestimmten. Der Senat folgte alten isolationistischen Tendenzen und verwarf den Hauptpunkt des Wilsonschen Friedenswerkes, den Beitritt der USA zum Völkerbund. Im August 1921 schließlich schlossen die USA eigene Friedensverträge mit den Mittelmächten. Die Rückkehr zur Politik des Isolationismus war allerdings nur vordergründig, die Alliierten waren weiterhin bei den USA hoch

verschuldet, was zwangsläufig das Interesse über den Atlantik auf Europa lenkte.

## Vom Boom zur Krise

### Die Blüte der zwanziger Jahre

Nach dem Krieg machte sich in den USA zunächst eine außenpolitisch motivierte Enttäuschung breit, da das Engagement in Europa nicht die Früchte trug, die man sich erhofft hatte. Die Wirtschaft indessen lief auf Hochtouren und war unter den Bedingungen des Krieges weiter gewachsen.

Zunächst aber suchte man unter dem Eindruck der um sich greifenden Desillusionierung die "Schuldigen" an der Verstrickung Amerikas in die Weltpolitik. Die Ersten, die die Reaktion traf, waren die Einwanderer, die nur noch nach einer bestimmten Quote ins Land gelassen wurden. Als Zweites traf die Arbeiterschaft das Misstrauen der unternehmerfreundlichen Kreise. Alle Forderungen nach Besserung der Arbeitsbedingungen und nach politischen Rechten wurden mit der Vorbereitung zum kommunistischen Umsturz gleichgesetzt. Von Anfang 1919 bis Mitte 1920 stand das Land unter der von Arbeitgebern geschürten Massenhysterie der "Roten Furcht" (*Red Scare*) – sie sollte sich nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal wiederholen. Die dritte Gruppe, die der Volkszorn traf, waren – oft ziemlich undifferenziert – Schwarze, Katholiken und Juden. Der Ku-Klux-Clan erreichte in dieser Zeit wieder eine Mitgliederzahl von 5 Millionen.

Die letzte Gruppe – und damit gleiten diese Aktionen in den Bereich des Irrationalen – bestand aus all jenen, die nicht bereit waren, um religiös-ideologischer Überzeugung willen auf den Alkohol zu verzichten. Gewisse religiös bestimmte Kreise hatten schon immer im Alkoholkonsum die Wurzel allen Übels gesehen. Sie setzten jetzt die Prohibition, d. h. das Verbot aller Getränke mit über 0,5 % Alkoholgehalt durch. Das Ergebnis war jedoch ausschließlich negativ, Schmuggel und Schwarzbrennerei blühten, der illegale Alkoholhandel wurde von Verbrechersyndikaten organisiert, ein Verstoß gegen die Vorschriften der Prohibition galt als Kavaliersdelikt oder als Sport.

Auf dem Land ließ die durch den Krieg angefachte und nachher nicht mehr abgebaute Überproduktion die Agrarpreise und damit den Lebensstandard ständig sinken. So ging das landwirtschaftliche Nettoeinkommen von 10 Milliarden Dollar 1919 auf 5,7 Milliarden 1924 und 5,1 Milliarden 1930 zurück. Der Staat griff jedoch kaum durch gesetzliche Regelungen ein. Die Industrie dagegen erlebte eine lange Phase der Hochkonjunktur, in der der Staat gleichfalls das alte Prinzip des Laissez-faire verfolgte. Begünstigt von dieser Phase der Prosperität waren die Reichen, die von der Steuergesetzgebung profitierten. Die Arbeiterschaft dagegen musste sich mit geringen Verbesserungen begnügen.

Die alten Zeiten der Unternehmenskonzentration und der Dominanz der Arbeitgeber schienen wiederzukehren. Der bedeutendste Unternehmenszweig in dieser Zeit war der Automobilbau. Hier baute Ford

über zwei Millionen Fahrzeuge pro Jahr (Modell T), die stärkste Konkurrenz war General Motors. Der Bestand an Autos betrug 1930 26,5 Millionen.

Eine neue Komponente wiesen jedoch die Zwanziger Jahre gegenüber früheren Perioden der Hochkonjunktur auf. Immer größere Bevölkerungskreise, die von der Konjunktur profitierten, spekulierten mit ihrem Geld am Aktienmarkt. Die Folge war eine Aufblähung dieses Marktes über ein volkswirtschaftlich gesundes Maß hinaus.

Eine Aktie ist gewöhnlich ein Anteil am Firmenvermögen und wird zwar zu einem bestimmten Nennwert (heute bei uns 5 Euro) ausgestellt, aber an der Börse zu einem höheren Preis gehandelt. Dieser Preis richtet sich zunächst nach dem Wert des Firmenvermögens im Vergleich zu anderen Firmen und deren Aktien. Erzielt das Unternehmen Gewinn, steigt der Wert der Aktie, indem sie (auf Grund des Geschäftsverlaufs) für Geldanleger attraktiv wird. Umgekehrt gilt das Gleiche. Ist nun in einer Volkswirtschaft die Bereitschaft zum Aktienhandel oder zur Aktienspekulation sehr hoch, dann kann sich der Kurs der Aktien von der realen Basis des Unternehmenswertes lösen und höher steigen. Die Aktie hat dann nur noch einen bloßen Handelswert, ihr Preis richtet sich allein nach Angebot und Nachfrage.

In einer Phase des "gesunden" Aktienhandels wahren die Käufer dagegen über Angebot und Nachfrage den Bezug zur materiellen Basis von Unternehmen und ausgegebener Aktie.

Zur Aufblähung der für Aktienspekulation und privaten Konsum zur Verfügung stehenden Geldmenge trug das Kreditwesen bei. Ein hoher Anteil an Möbeln, Geräten oder an Autos in den Haushalten wurde mit Krediten bezahlt. Schließlich nahm man auch einen Kredit auf, um die Aktien, mit denen man speulierte, zu bezahlen. Der aufgenommene größere Teil des Kaufpreises sollte sich durch den Kursgewinn selbst finanzieren und beim Verkauf der Papiere wieder zurückgezahlt werden. Bis Ende 1928 waren für den Wertpapierkauf Kredite in Höhe von 5 Milliarden Dollar aufgenommen, bis zum Sommer 1929 stieg diese Summe auf über 7 Milliarden. Ab Mitte September war der Markt unruhig, die gewohnten Kurssteigerungen blieben aus.

### **Der Ausbruch der Krise**

Schon ein Blick auf die zyklische Wiederkehr der Depressionen musste lehren, dass diese Hochkonjunktur nicht von Dauer sein konnte. Stagnierende Zahlen im Wohnungs- und Industriebau zeigten bereits 1925/26 ein Abbröckeln der Konjunktur an.

Dadurch, dass Farmer und Industriearbeiter nicht am allgemeinen Wohlstand der mittleren Schichten teilhatten, fehlte der Faktor der Massenkauftkraft, es entstand eine Überproduktionskrise. Auch das Wiedererstarken der europäischen Industrienationen, die die Verluste des Krieges wettgemacht hatten, wirkte über eine Einschränkung der amerikanischen Exporte auf die Konjunktur in den USA zurück. Der

gesättigte Markt hätte es zwar verboten, dass die Gewinne der Unternehmen wieder im Betrieb investiert wurden, aber viele Unternehmen modernisierten dennoch ihre Anlagen und trugen so zur trügerischen Sicherheit über die wirtschaftliche Lage bei. Gleichwohl flossen viele Gelder an die Börse, wo der Kapitalertrag höhere Gewinne als der Betrieb selbst versprach.

Am Donnerstag, dem 24. September 1929, brach aus Gründen, die sich heute nicht mehr nachvollziehen lassen, eine Panik an der New Yorker Börse aus, hastige Verkäufe ließen die Preise ins Bodenlose fallen. Die Aktien verloren innerhalb von 2 Wochen 40 % ihres Wertes. Was aber oft als "Schwarzer Freitag" titulierte wird, brachte keine einschneidenden Ereignisse, der Name entspringt allein einem abergläubischen Bedürfnis nach Bildhaftigkeit.

Beruhete die Prosperität der vergangenen Jahre auf einem geradezu naiven Vertrauen in die Kraft der amerikanischen Wirtschaft, herrschte jetzt eine ebenso irrationale Panik, für die vor allem die Verbindung zwischen Aufblähung des Aktienhandels und der hohen Verschuldung der privaten Verbraucher verantwortlich zu machen ist.

Betroffen waren zunächst die privaten Spekulanten, noch nicht die "seriöse" Geschäftswelt. Über die privaten Spekulanten wurde das Kreditwesen mit Maklern und Banken, die nun ihre in der Spekulation eingesetzten Kapitalien abschreiben mussten, in Mitleidenschaft gezogen. Getroffen war aber auch die Mentalität der Unternehmer, die von der "*strahlenden Hoffnung*" (Präsident Hoover beim Amtsantritt 1929) in tiefsten Pessimismus fielen. Die Börsenkrise wuchs sich sehr schnell zur allgemeinen Wirtschaftskrise aus.

Vor allem die Schwer- und Investitionsgüterindustrie litt unter der Depression. Die Produktion in der Eisen- und Stahlindustrie ging bis 1932 um 59 %, im Schiffsbau um 53 % und im Lokomotivenbau um 8 % zurück. Kaum berührt war dagegen der Bereich der Konsumgüterindustrie. Insgesamt gesehen ging das Bruttosozialprodukt von 1929 bis 1932 um 27 % (in Preisen von 1929), die Industrieproduktion um 46 % zurück, die Arbeitslosenquote stieg mit fast 15 Millionen auf 24,9 % (1933). Mit dem Rückgang der Produktion verringerte sich auch die Nachfrage nach Rohstoffen, deren Preise auf dem Weltmarkt sanken. Den rohstoffexportierenden Ländern fehlten damit die Mittel, ihrerseits Fertigprodukte zu importieren, was wiederum zu einem weiteren Rückgang der Produktion in den USA wie in anderen Industrieländern führte. Der Import sank von 1929 bis 1933 von 4,4 auf 1,4 Milliarden Dollar, der Export in der gleichen Zeit von 5,2 auf 1,7 Milliarden.

Die Landwirtschaft, die im gesamten Jahrzehnt schon über den Bedarf produziert hatte, war gleichfalls schwer betroffen. Auch auf dem Exportmarkt waren die Überschüsse nicht mehr absetzbar, was zu enormen Preiseinbrüchen führte. Der Weizenpreis sank von 1,19 Dollar (1929) auf

49 Cent (1933). Der Einkommensverlust brachte unmittelbar die Zahlungsunfähigkeit vieler hochverschuldeter kleiner und mittlerer Farmer.

## Der Weg aus der Krise – Roosevelts "New Deal"

### Strukturelle Krise des Systems

Die Regierung des Präsidenten Hoover antwortete nur sehr schleppend auf die Krise; die Einsicht, dass es sich hier um eine strukturelle Krise des Systems handelte, blieb einstweilen aus. Das Hawley-Smoot-Zollgesetz von 1930, das die Einfuhrzölle auf durchschnittlich 50 % des Warenwertes an hob, ging an der Wirklichkeit vorbei, da nicht die ausländische Konkurrenz das Übel war, sondern die eigene Überproduktion. Es gab den Auftakt zu einem allgemeinen Protektionismus in den Industrieländern und schadete damit mehr als dass es nützte.

Die Kongresswahlen im Herbst 1930 zeigten schon, dass die Stimmung im Land sich gegen das von Hoover und den Republikanern vertretene Prinzip des Laissez-faire wandte und sich die Einsicht breit machte, die Krise des Systems erfordere grundsätzlichere Maßnahmen, ja sogar eine Abkehr vom System selbst.

Der weitere Abzug amerikanischer Gelder aus Europa führte im Mai 1931 zum Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt in Wien und damit zur Bankenkrise, die im Juli auch die Darmstädter und Nationalbank in Deutschland zusammenbrechen ließ. Auch das Hoover-Moratorium, das allen europäischen Schuldner einen Zahlungsaufschub gewährte, brachte keinen spürbaren Erfolg, die Krise verschärfte sich von Monat zu Monat. Programme, zu denen sich Hoover schließlich drängen ließ, liefen nur sehr langsam an und brachten während seiner Regierungszeit kaum Erfolg.

Nach den ersten Ansätzen der Progressivisten und den Erfahrungen mit staatlich beeinflusster Wirtschaft im Ersten Weltkrieg konnte sich Franklin D. Roosevelt in seinem Wahlkampf um das Präsidentenamt die verbreitete Einsicht zunutze machen, das System des schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus und des Individualismus habe versagt. Es war nicht länger möglich, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung als zwei voneinander getrennte Bereiche zu sehen. Die Erkenntnis ihrer gegenseitigen Abhängigkeit prägte die Politik der folgenden Jahre.

Schon bei seiner Nominierung versprach Franklin D. Roosevelt der Nation einen "New Deal" und griff damit den Begriff des reellen Handels (*square deal*) Theodore Roosevelts auf, mit dem dieser der Arbeiterschaft den gerechten Anteil am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt zukommen lassen wollte. Der Begriff des New Deal kommt ursprünglich aus dem Kartenspiel und bezeichnet die Neuverteilung der Karten; was er allerdings konkret darunter verstand, machte Roosevelt im Wahlkampf noch nicht deutlich.

### Die Ziele der Wirtschaftspolitik

Roosevelt sah sich vor die Notwendigkeit gestellt, der amerikanischen Bevölkerung aus Konjunktur- und Bankenkrise heraus zu neuem Selbstvertrauen zu helfen. Das Prinzip der freien, ungezügelter Wirtschaft hatte sich in der Krise, die seit 4 Jahren das Land erschütterte, selbst diskreditiert. In seiner Inaugurationsrede 1933 am 4. März 1933 rief er der amerikanischen Bevölkerung zu: „Das Einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht selbst!“ („*So, first of all, let me assert my firm belief that the only thing we have to fear is fear itself -- nameless, unreasoning, unjustified terror which paralyzes needed efforts to convert retreat into advance.*“) Dann skizzierte er den New Deal als eine Ausweitung der Regierungsarbeit als Instrument der Beschäftigung und der Wohlfahrt, Unmittelbar danach berief er den Kongress zu einer dreimonatigen Sondersitzung zusammen; während dieser "Hundert Tage" wurde ein Bündel von Gesetzen verabschiedet, das das Wirtschaftsleben der USA fast revolutionär auf eine neue Basis stellte.

### Gesetze und Maßnahmen

Diese Gesetze des New Deal umfassten Maßnahmen zum Ausgleich des Staatshaushaltes (Einsparungen und Steuererhöhungen), Arbeitsbeschaffungsprogramme zur Stärkung des privaten Verbrauchs, Staatsinvestitionen als Initialzündung für weitere Investitionen der Wirtschaft, direkte Eingriffe in die Wirtschaft über Steuerungsmechanismen in den Bereichen der Investitionslenkung und der Preispolitik, schließlich die Abkehr von der sozialpolitischen Abstinenz des Staates und die Aufnahme einer aktiven Sozialpolitik, vor allem bei der Arbeitsbeschaffung und der Sozialversicherung. Besonders die zweite Phase des New Deal (ab 1935) ist von dieser sozialen Komponente geprägt. Diese Sozialpolitik sollte zum einen den sozialpolitischen Zündstoff der Massenarbeitslosigkeit neutralisieren, zum anderen das Vertrauen in Staat und politische Führung wiederherstellen. Diese Ziele gelangen Roosevelt in vollem Umfang. Die Verwirklichung des dritten Punktes, die Stärkung Amerikas als Wirtschaftsvormacht der Welt, ließ auf Grund der politischen Entwicklung in Europa und Ostasien noch auf sich warten.

Die ersten Maßnahmen, die bereits fünf Tage nach Roosevelts Amtsantritt verabschiedet wurden, betrafen die Neuordnung des Bankwesens (staatlich geförderte Garantie der Bankeinlagen, *Emergency Banking Relief Act*, 9. März) und die Verringerung der Staatsausgaben durch Kürzung der Beamtengehälter (*Economy Act*, 20. März).

Im Mai wurde der *Agricultural Adjustment Act* verabschiedet, der den Produktionsüberhang in der Landwirtschaft abbauen und die Kaufkraft der Farmer heben sollte. Nichtanbauprämien sollten hier die Preise stabilisieren. Durchführende Behörde wurde die *Agricultural Adjustment Administration* (AAA). Das Einkommen der Farmer stieg von 1932 bis 1934

um rund 50 %, der Index der Kaufkraft im sozialen Vergleich von 55 auf 90 Punkte (1936).

Die Probleme in Industrie und Gewerbe wurden durch den *National Industrial Recovery Act (NIRA)* mit der Behörde der *National Recovery Administration (NRA)* angegangen. Den Unternehmen wurden gemeinsame Absprachen nahegelegt, sowohl was die Preise, als auch was die Einigung auf Grundregeln des fairen Wettbewerbs betraf. Der Missbrauch wirtschaftlicher Macht sollte eingeschränkt, das Grundprinzip des freien Wirtschaftens aber beibehalten werden. Die Preisabsprachen der Industrie hatten allerdings den gegenteiligen Effekt, die Stärkung der Gewerkschaften durch die Vorschriften über Beschäftigungszeit und Mindestlöhne stieß bei den Unternehmen auf Ablehnung. Der Beschluss des *Supreme Court* von 1935, der *NIRA* sei verfassungswidrig, stieß daher in weiten Kreisen auf Erleichterung. Der Enthusiasmus, mit dem diese Bewegung anfangs aufgenommen wurde, schlug sich jedoch positiv auf die weiteren Maßnahmen nieder.

Der zweite Teil des *NIRA* enthielt die Einrichtung einer *Public Works Administration (PWA)*, die über die Finanzierung öffentlicher Arbeiten die Arbeitslosigkeit verringern sollte. In dieselbe Richtung zielte der *Unemployment Relief Act* mit der Schaffung des *Civilian Conservation Corps (CCC)*, ein Arbeitsdienst von Freiwilligen zwischen 18 und 25 Jahren, die Arbeiten im Bereich des Naturschutzes gegen geringen Lohn (30 Dollar monatlich) übernahmen.

Dieser freiwillige Arbeitsdienst hatte allerdings eine größere soziale als wirtschaftspolitische Komponente, weil die Entlohnung zu gering war, um wesentliche Kaufkraftimpulse zu geben. Die *Civil Works Administration* verwirklichte Staatsaufträge zum Bau von Straßen und Flugplätzen.

Besonderen Rang nahm die Erschließung des Tennessee-Flusstals ein. Das sich über sieben Staaten von Virginia bis zum Mississippi erstreckende Einzugsgebiet dieses Flusses war von Erosion zerfressen und mit seinen 2,5 Millionen Einwohnern eines der ärmsten Gebiete der Union. Neben Arbeitsbeschaffung und Entwicklungshilfe unternahm die Regierung mit der Schaffung der *Tennessee Valley Authority (TVA)* auch einen bedeutenden Schritt hin zur staatlichen Energiepolitik. Die *TVA* schuf mit dem Bau von Stau- und Wasserkraftwerken die Voraussetzung zur Industrialisierung und zur Verbesserung der Landwirtschaft. Die gewonnene Elektrizität vermehrte nicht nur die Beschäftigungsmöglichkeiten der Bewohner durch die Ansiedlung neuer Industrien und hob dadurch den Lebensstandard, sie schloss auch die Farmer des Tennessee-Tals an die Elektrizität an. Außerdem brach sie auch das Preiskartell der privaten Stromerzeuger und brachte in diesen Zweig der Wirtschaft Marktmechanismen hinein.

Die zweite Phase des New Deal begann unter dem Aspekt, dass der Oberste Gerichtshof den *NIRA* für verfassungswidrig erklärt hatte. Es ergab sich insgesamt der Anschein, als stehe er der Politik des Präsidenten ablehnend gegenüber und nehme eine antiinterventionistische Haltung ein.

Roosevelt verfolgte daher ab 1935 eher das Ziel, die existierenden gesellschaftlichen Kräfte zu stärken, damit diese wieder in freien Wettbewerb untereinander treten könnten. Er wollte damit demonstrieren, dass die etablierte Ordnung erhalten und nicht überwunden werden sollte.

Hauptpunkte in dieser Phase sind die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner im National Labor Relations Act, die Schaffung einer Altersversicherung und einer Arbeitslosenversicherung im Social Security Act und der Revenue Act, der hohe Einkommen stark besteuerte und damit sozial ausgleichend wirkte.

### **Beurteilung des New Deal**

Die Beurteilung des Erfolgs der Roosevelt'schen Politik dürfte insgesamt gesehen positiv ausfallen, da ihm eine Neuformulierung des gesellschaftlichen Bewusstseins unter sozialstaatlichen Prinzipien gelang. Besonders die zweite Periode des New Deal nach 1935 ist mehr von dieser sozialen Komponente geprägt. Außerdem verwirklichte er hier erstmals die Forderungen J. M. Keynes' zur antizyklischen Wirtschaftspolitik, in der erhöhte Staatsausgaben die Wirtschaft ankurbeln sollten.

Die Kritik misst das Programm an seinem tatsächlich geleisteten Erfolg. Die Arbeitslosigkeit, die zu bekämpfen Roosevelt ja angetreten war, sank insgesamt nur unbedeutend, in jedem Winter gab es 9 bis 10 Millionen Arbeitslose. Erst der Wirtschaftsaufschwung mit Beginn des 2. Weltkrieges brachte spürbare Besserung, aber noch 1941 lag die Zahl der Erwerbslosen bei 5,5 Millionen. Die Strukturprobleme der Landwirtschaft mit Überproduktion und Verschuldung blieben gleichfalls weiter bestehen. Auch das Bruttosozialprodukt lag in den USA 1939 noch immer unter dem Stand von 1929.

Der Grund liegt darin, dass für das Ausmaß der Depression nicht genügend Mittel bereitgestellt wurden (ca. 4 Milliarden \$). Das größte Haushaltsdefizit in Friedenszeiten lag bei 4 % des Bruttosozialprodukts, d.h. das für dieses Programm ausgegebene Geld wurde an anderer Stelle eingespart. Die nächste Depression folgte denn auch schon 1937.

Dem stehen an positiven Kriterien gegenüber, dass Roosevelt mit seinem Programm antrat, um der Bevölkerung, vor allem aber den Unternehmern wieder mehr Mut zu geben, dass weiterhin der Staat am Wirtschaftsprozess beteiligt wurde und dieser nicht mehr allein den Unternehmern überlassen blieb. Das brachte eine entscheidene Stärkung der Rolle des Staates.

Die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner im *Labor Relations Act* von 1935 brachte auch für die Arbeiter den entscheidenden Durchbruch. Nachdem die *American Federation of Labor (AFL)* in ihrem konservativen Denken den größten Teil der ungelerten Arbeiterschaft nicht repräsentieren wollte, wurde 1935 das *Committee for Industrial Organization (CIO)* gegründet und schloss schon 1937 mit der U. S. Steel den ersten Tarifvertrag ab. Im selben Jahr wurden erstmals General Motors

und Chrysler erfolgreich bestreikt, mit Ford zog sich die Einigung bis 1941 hin. Ende 1941 hatte die CIO 5 Millionen Mitglieder, die AFL 4,5 Millionen.

## Literatur & Quellen

Colonial Charters, Grants and Related Documents  
[http://avalon.law.yale.edu/subject\\_menus/statech.asp](http://avalon.law.yale.edu/subject_menus/statech.asp)